

Resolutionen der Internationale wesentlich ab-
weichen.

Die Frankfurter Resolution empfiehlt die Sachliefe-
rungen „innerhalb der Grenzen ihrer Anwendungsmög-
lichkeit“. Graham und Snowden haben hingegen ver-
langt und erreicht, daß die Sachlieferungen soweit als mög-
lich herabgesetzt werden.

Die Resolution von Frankfurt (und von Hamburg) ver-
langt die Annullierung der Kriegspensionen.
Snowden hat im Haag mit einer Anstrengung, die in keinem
Verhältnis zur Wichtigkeit der Sache erscheinen konnte, dafür
gekämpft, daß der „Verteilungsschlüssel von Spa“ aufrecht-
erhalten bleibe. Nun war aber dieser Verteilungsschlüssel auf
die Tatsache gestützt, daß England, das kaum direkte Schäden
erlitten hat, unter dem Titel der Kriegspensionen bei der
Aufteilung beteiligt wurde.

Uebrigens liegt es mir ferne, wenn ich diese Betrach-
tungen oder besser Feststellungen mache, zu verkennen, daß
die Wortführer der britischen Regierung zur Unterstützung
ihrer Ansprüche wichtige Argumente anführen konnten.

Was zunächst die Sachlieferungen betrifft, so empfiehlt
sie die Frankfurter Resolution nur „innerhalb der Grenzen
ihrer Anwendungsmöglichkeit“. Was ist nun berechtigter als
die Sorge von Graham und Snowden, die auch ihre zer-
störten Gebiete, durch die Arbeitslosigkeit zerstört, haben, zu
vermeiden, daß eine übermäßige Anwendung der Sachliefe-
rungen die Lage des so hart geprüften englischen Proletariats
noch mehr erschwere.

Andererseits gebietet hinsichtlich der Aufteilung der von
Deutschland zu leistenden Zahlungen die elementarste Gerech-
tigkeit anzuerkennen, daß die Resolutionen von Frankfurt und
Hamburg gleichzeitig mit der Forderung der Herabsetzung
der Reparationen auf die direkten Schäden die „allge-
meine Annullierung der gegenseitigen
Schulden und Guthaben“ verlangten.

Während sich nun die Vereinigten Staaten —
wo die S.A. nur einen sehr beschränkten Einfluß ausübt —
weigerten, ihre Guthaben zu streichen, und sich be-
gnügten, sie in verschiedenen Ausmaßen herabzusetzen, hat
England, das ungeheure Kriegsausgaben hatte und eine
Schuld an die Vereinigten Staaten hat, die es fast zur Gänze
bezahlen muß, sich in der Balfour-Erklärung verpflichtet,
weder von seinen Alliierten noch von Deutschland auch nur
einen Penny mehr zu verlangen, als es selbst an die Ver-
einigten Staaten zu bezahlen habe.

„Man möge alle Schulden annullieren, wie es in
Frankfurt verlangt wurde — sagte einmal MacDonald —
ich bin vollständig damit einverstanden, aber da diese all-
gemeine Annullierung nicht vollzogen ist und solange die
Balfour-Erklärung aufrechterhalten bleibt, weigere ich mich,
die Lasten des englischen Steuerzahlers noch zu erhöhen, die
in der Hauptsache doch stets auf die Arbeiter abgewälzt
werden.“

Niemand wird bestreiten, daß diese Gründe wenigstens
einer erneuten Prüfung würdig sind. Wenn sie im Haag
zu drei Vierteln anerkannt wurden, so nicht oder doch nicht
allein aus dem Grunde, weil Snowden so energisch war. Ich
zweifle jedenfalls nicht daran, daß sie gleichfalls und im glei-
chen Ausmaß anerkannt worden wären, wenn sie die Inter-
nationale vorher beraten hätte.

Das Unglück ist, daß dem nicht so war; daß die Er-
klärungen Snowdens (der allerdings aus seinen Absichten nie
ein Geheimnis gemacht hatte) für viele eine Neberräusung
bedeuteten; daß deshalb in den sozialistischen Kreisen während
einiger Tage Unruhe und Unklarheit herrschte; daß man
erlebt hat, daß einerseits Brailsford, Leon Blum
und ich selbst und andererseits Modigliani, der „Daily
Herald“, der „Vorwärts“ und die „Arbeiter-Zei-
tung“ verschiedene Ansichten äußerten.

Gewiß nichts sehr Ernstes. Der Zwischenfall — denn es
war nur ein Zwischenfall im Vergleich zu den anderen ent-
scheidenden Fragen, die im Haag erörtert wurden — hat
keine andere Unannehmlichkeit gehabt, als einigen etwas ner-
vösen Sozialisten ein paar schlaflose Nächte zu bereiten und
denjenigen unserer Gegner, die stets bereit sind, den Bankrott
der Internationale zu verkünden, ein dankbares Thema zu
liefern. Alles in allem ist schließlich gut ausgegangen, und
wir hätten keinen Anlaß, etwas zu bedauern, wenn die Er-
fahrungen der letzten Wochen dazu führen, daß die der S.A.
angeschlossenen Parteien, und im besonderen die großen
Parteien der S.A., es sich in der Zukunft angelegen
sein lassen, die Einheit ihrer Aktion so weit wie mög-
lich zu steigern, wenn es sich darum handelt, Probleme zu
lösen, bei denen nach dem Wort von Otto Bauer die
nationalen Interessen dem allgemeinen Interesse des inter-
nationalen Proletariats untergeordnet werden müssen.

Es ist selbstverständlich, daß unsere Kongresse, die nur
in ziemlich langen Zwischenräumen zusammentreten können,
lediglich die großen Richtlinien unserer gemeinsamen Politik
festlegen können.

Aber es steht der Exekutive und gegebenenfalls der er-
weiterten Exekutive als einer Art engeren Kongress zu, diese
Politik den Umständen anzupassen; und um diese Anpassung
wirksam zu gestalten, müssen die verschiedenen Sektionen der
S.A. Sorge tragen, durch Delegierte vertreten zu sein, die
wirklich repräsentativ sind und die durch ihr Man-
dat und auch durch ihre Persönlichkeit die nötige Autorität
und Verantwortlichkeit haben, um die Partei, die sie in die
Exekutive entsendet, zu verpflichten.

Dies trifft hauptsächlich für diejenigen sozialistischen Par-
teien zu, deren hervorragendste Führer, falls sie in die Regie-
rung berufen werden, nach unseren Statuten ersetzt werden
müssen und nicht ohne großen Schaden in „nicht entsprechen-
der“ Art und Weise ersetzt werden können.

Was endlich die administrative Kommission
anbetrifft, die keine politischen Rechte hat, der aber die heisse
und schwierige Aufgabe zukommt, über die Durchführung der
von den politischen Organen der S.A. angenommenen Reso-
lutionen zu wachen, ist es uns während der Krise im Haag
klarer als je zum Bewußtsein gekommen, wie sehr eine enge
Bindung und möglichst häufige persönliche Führungnahme
zwischen ihren Mitgliedern wünschenswert wäre.

Aber dies sind interne Fragen, die besser im
Bureau oder der Exekutive in geschlossenem Kreise diskutiert
werden können.

Ich wollte durch diese Feststellungen nur zeigen, daß
ungeachtet der Schwierigkeiten und Hindernisse, deren Trag-
weite niemand besser kennt als wir, die Aktion der Inter-
nationale sich entwickelt und bedeutende Ergebnisse zeitigt, daß
aber ihre Politik um so mehr Erfolg haben wird, je mehr
es ihr gelingt, ihre nationalen Sektionen zur Verteidigung
der gemeinsamen Interessen des internationalen Proletariats
enger zusammenzuschließen.

Der innere Dawes-Pakt.

Die ertappten Lügner.

I.

Richtig ist die schon längst bekannte Tatsache, daß schon vor dem
Brief der Deutschen Volkspartei nicht nur Vertreter der Deutschen
Volkspartei, sondern auch solche des Zentrums aus eigener Initiative
mündlich an die Deutschnationale Reichstagsfraktion das Anerbieten
überbracht haben, sie im Falle der Annahme des Dawes-Planes an
der Regierung zu beteiligen, und daß über diese Anerbietungen
dabei auch gesprochen worden ist.

Anwahr ist die Darstellung des „Vorwärts“, daß auf
Grund dieser Anerbietungen irgendein Abkommen ge-
schlossen worden sei, weder in offener noch in verdeckter
Form, weder über die Köpfe der Führer hinweg noch mit deren
Zustimmung.

„Mitteilungen der Deutschnationalen Volkspartei“
vom 7. September 1929.

II.

Wenn eine Verpflichtung ohne ausdrückliche Zeitbestim-
mung übernommen ist, so ist sie sofort zu erfüllen. Dies ist
nicht nur im § 271 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuches bestätigt,
und die der Natur der Sache entsprechenden Rechtsregeln gelten,
wie die höchsten deutschen Gerichte, auch das Oberverwaltungsgericht
(Entsch. 9. 53; 11. 384; 13. 179; 16. 339), ständig angenommen
haben, auch für die Verhältnisse des öffentlichen Rechts, sondern ist
auch in dem den Gesetzgebungen der zivilisierten Staaten zugrunde
liegenden römischen Rechte anerkannt. Denn in der l. 213 pr.
Dig. 50, 16 „de verborum significatione“ („über die Bedeutung
der Worte“) ist hervorgehoben: „Ein ohne jede Nebenbestimmung
abgegebenes Versprechen hat sowohl die Begründung als auch die
sofortige Fälligkeit zur Folge“. (Ubi pure quis stipulatus fuerit,
et cessit et venit dies) und in der l. 14 Dig. 50, 17 de regulis
iuris („über die Rechtsregeln“) ist betont: „In allen Verhältnissen,
welchen eine Zeitbestimmung nicht beigelegt ist, ist die Verpflichtung
eine sofortige.“ (In Omnibus obligationibus, in quibus dies non
ponitur, praesente die debetur.) Deshalb gilt der Satz: „Quod

sine die debetur, statim debetur“ (was ohne Zeitbestimmung ge-
schuldet wird, ist sofort zu leisten), überall als ein so selbstverständ-
licher Grundsatz, wie ein Kongruenzsatz in der Mathematik. Ke n
Schuldner, der verurteilt ist, 1000 Mark zu zahlen, glaubt, daß er
erst dann zu zahlen brauche, wenn es ihm paßt.

Die sofortige Erfüllung des von der Regierung gegebenen
Versprechens war auch von beiden Vertragspartnern gemeint.

Denn die geforderte Zustimmung zu den Dawes-
Gesetzen sollte und mußte von dem betreffenden Teil der
nationalen Partei sofort erfolgen und erfolgte sofort;
dieser Leistung war die vertragsmäßige Gegenleistung
gegenübergestellt, welche daher in gleicher Weise, nicht aber nur so
zu erfolgen hatte, wie es der Regierung in unbestimmter Zeit
passen oder gelegen sein werde.

Geh. Justizrat Dr. Theodor Wolff in der „Neuzeitung“
vom 22. September 1924.

III.

Im Auftrage des Vorstandes der Reichstagsfraktion der Deut-
schen Volkspartei gaben gestern mittag die Reichstagsabgeordnete
Dr. Japs und Dr. Curtius dem Reichskanzler Kenntnis von
der Entschließung des Vorstandes über die Erweiterung des Reichs-
kabinetts durch die Einbeziehung der Deutschnationalen Volkspartei
in die Regierung. Der Reichskanzler nahm die Mitteilungen der
Herren entgegen und erklärte ihnen, daß es

nach den bekannten Vereinbarungen mit der Reichstags-
fraktion der Deutschnationalen Volkspartei vom
29. August

ohne die seine Absicht gewesen wäre, noch vor Wiedertreffen
des Reichstags von sich aus Verhandlungen über eine etwaige
Regierungsumbildung aufzunehmen und daß er bei dieser Absicht
bleibe.

Amtl. Meldung vom 25. September 1924.

Moskaus Beschwerde abgewiesen.

Unkontrollierbare Greuelmeldungen als Unterlagen.

In Beantwortung der russischen Verbalnote vom
7. d. M., in der die Sowjetregierung über Gewalttätigkeiten
gegen Sowjetbürger in China und die geringen Erfolge der von den
deutschen Konsuln in China ergriffenen Schutzmaßnahmen Klage
führt, hat der deutsche Botschafter in Moskau im Auftrage
des Auswärtigen Amtes dem Anhaltskommissariat eine Verbal-
note folgenden Inhalts überreicht:

Das Auswärtige Amt hätte den wesentlichen Inhalt der Verbal-
note gemäß den Wünschen der Sowjetregierung der deutschen Re-
solutionskommission in Peking zur weiteren Berantaltung gedruckt. Das
Auswärtige Amt mühte aber zugleich darauf hinzuwirken, daß die An-
griffe gegen die Tätigkeit der deutschen Konsulate in der Ausübung
des Schutzes der Sowjetbürger das Auswärtige Amt

sehr befremdet

haben, um so mehr als diese Anwürfe sich auf keine Weise
nachgeprüfte allgemeine Behauptung stützen und die
Sowjetregierung es für richtig befunden habe, ihre die Bormwürfe
enthaltende Verbalnote sofort zu veröffentlichen. Wie der
Sowjetregierung bekannt sei, habe die Deutsche Regierung wegen
des Schutzes der Sowjetangehörigen den Personalbestand ihrer
Konsulate in Nordchina verstärkt. Aus den auch der Sowjetregierung
bekannten Berichten der deutschen Konsulate gehe hervor, daß diese
sich im Rahmen des Erreichbaren mit aller Kraft erfolg-
reich für die Interessen der Sowjetbürger eingesetzt haben. So
hätten z. B. nach einem Bericht des deutschen Konsulats in Chorbín
vom 7. September die vom deutschen Generalkonsul nach einem per-
sönlichen Besuch des neuen Konzentrationslagers erhobenen An-
stellungen bewirkt, daß die gegenwärtigen Zustände des Lagers, in
welchem sich 268 Personen, darunter 38 Frauen, befänden, ins-
besondere die Verpflegung mit Nahrung und Kleidung sowie zwei-
wöchentlich Besuch der Verwandtschaft zufriedenstellend
geregelt seien und Klagen nicht mehr bekannt würden. Die
Vorstellungen zwecks Verbesserung der unzulänglichen sanitären
Einrichtungen und der Arztversorgung würden fortgesetzt und ent-
sprechende Maßnahmen seien chinesischerseits zugesagt worden. Das
Auswärtige Amt sei der Ansicht, daß die Schutzmaßnahmen der
deutschen Konsuln in China sich vielleicht noch wirksamer ge-
stalten ließen, wenn die Sowjetregierung Veranlassung nähme, die-
jenigen Persönlichkeiten, von denen sie ihre Informationen beziehe,
anzuweisen, daß sie ihre Nachrichten zunächst unmittelbar den
deutschen Konsulaten zugehen lassen. Das Auswärtige Amt bäte

ferner, die in der Verbalnote angeführten Nachrichten über angeb-
liche Hinrichtung von Duzenden von Sowjetbürgern, Verschwin-
den zahlreicher Personen und Auffindung totpolter Leichen
durch Angabe aller Einzelheiten, insbesondere möglichst auch der
Namen der verschwundenen Personen zu ergänzen.

Da ohne positive Unterlagen Schritte der deutschen Behörden
ergebnislos verlaufen müßten.

Ueber die von der Tsch-Agentur am 26. August gemeldete
Auffindung von sechs Leichen von Sowjetbürgern habe das
deutsche Konsulat in Chorbín, entsprechend der Bitte der Sowjet-
regierung, bei der chinesischen Regierung Nachforschungen an-
gestellt und von dem chinesischen Gouverneur die offizielle
Zusicherung erhalten, daß die Nachricht eine Er-
findung sei.

Der deutsche Konsul in Chorbín habe seiner Drahtmeldung
hinzugefügt, daß ein Chorbíner Vertreter der Tsch-Agentur
nicht aufzufinden sei, und daß er bitten müßte, von Moskau
aus den Tsch-Berichter nachdrücklich vor Verbreitung falscher
Nachrichten zu warnen.

Die Deutsche Gesandtschaft in Peking sei zu einem eingehenden
Drahtbericht über die Lage der Sowjetbürger in China auf-
gefordert worden; ein höherer Beamter des Deutschen Konsulats
in Chorbín habe sich inzwischen zu einer Informationsreise per-
sönlich nach Mandschuria begeben. Das Auswärtige Amt möchte
der Sowjetunion im Interesse der friedlichen Regelung der
bestehenden Differenzen anheimgeben, das Eintreffen dieses Berichts
abzuwarten, ehe sie sich zu Replikationen entschließen,
wodurch die gegenwärtig zwischen der Sowjetunion und China
bestehende Spannung nur verschärft werden könnte.

Bomben- und Artilleriebeschichtung eines Grenzortes

London, 9. September.

Wie Reuter aus Tokio über die Lage an der chinesisch-
russischen Grenze meldet, soll gestern Pogranitschnaja von sowjet-
russischen Flugzeugen mit Bomben belegt worden
sein. Der Bahnhof und die angrenzenden Häuser seien in Flammen
ausgegangen. Die Bevölkerung habe sich in die Keller ge-
flüchtet, es seien jedoch viele Opfer zu verzeichnen. Wie es in
den Meldungen weiter heißt, wird der Ort neuerdings auch von
Artillerie beschossen und brennt an mehreren Stellen.

Zehn Jahre St. Germain.

Das Schicksal Deutschösterreichs.

Heute vor zehn Jahren hat die Regierung der Republik
Deutschösterreich das Friedensdiktat unterschreiben müssen.
Ihr brauchte man den Frieden ebenso wenig zu diktieren
wie dem Deutschen Reich, als dessen Mitglied sie sich in ihrer
Verfassung erklärte, denn von dem Krieg des versunkenen
alten Regimes hatten beide genug. Das genügte den Siegern
nicht. Konnte man freilich aus den verstümmelten, aus-
gebluteten und vom Hungerelend geschüttelten Republikan
Deutschösterreich und Restungarn keine Goldmilliarden
herauspressen, so ließ man sie doch auf jede andere
Weise für ihre Monarchen und deren Kriegspolitik
büßen — so durch den Zwang, den alten Namen zu behalten
und durch Entziehung des feierlich verkündeten Selbst-
bestimmungsrechts, dessen Ausdruck sogar aus der deutsch-
österreichischen Verfassung gestrichen werden mußte.

In der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ widmet der Kanzler
des Unterzeichnungskabinetts, Genosse Dr. Karl Renner,
dem tragischen Ereignis eine ausführliche Betrachtung, die
mit den Sätzen schließt:

Wenn damals Clemenceau in einer Aufwallung unerklär-
licher Sympathie für Oesterreich oder erwachenden Gewissens ob
angehenen Unrechts im letzten Augenblick die Verfügung traf, daß
während die Oesterreicher unterzeichnen, ausnahmsweise keine

Kanonenkugeln abgefeuert werden, so habe ich dieses Unter-
bleiben einer militärischen Demonstration in meinem Sinne als
günstiges Vorzeichen für Oesterreich angenommen: Unbewaff-
net, ohne Militarismus, ohne Kriegsgewalt soll die junge
Republik in der Welt bestehen, ihr Recht er-
kämpfen und im Einverständnis besser unterrichteter Völker in
die Gemeinschaft ihres Muttervolkes zurück-
kehren. Wader die österreichische Sozialdemokratie noch Land
und Volk von Oesterreich haben es zu bedauern, daß wir gezeichnet
haben. Und wie sehr auch im Augenblick einzelne Kreise unseres
Volkes, von einem entlegenen Staatsmann irreführt, von kurz-
sichtiger Selbstsucht kapitalistischer Kreise verblendet, mit einem Ge-
folge von Rarren und Verbrechern gegen die Demokratie
an die brutale Gewalt der Waffen appellieren, wir hoffen auch das
zu überwinden durch die Kraft der Arbeiterklasse. Vor uns liegt
nach wie vor, wenn auch unter geänderten Bedingungen, die drei-
fache Aufgabe: die politische Demokratie zu behaupten, die
nationale Einheit zu verwirklichen und das Reich der so-
zialen Gerechtigkeit zu gründen!

In dem Bekenntnis zu diesem dreifachen Ziel wissen sich
alle Sozialdemokraten der Deutschen Republik eins mit ihren
Brüdern und Schwestern in Deutschösterreich.

Sozialdemokratische Ministerbesprechungen. Die Reichsminister
Severing, Willeit und Hilferding sind in Baden-Baden
eingetroffen, wo sie mit dem Reichskanzler eine Besprechung
haben werden.

Amerikas Riesenstandal.

Admirale durch Behauptungen Shearer schwer belastet.

Washington, 9. September.

In amtlichen Kreisen hat die Behauptung Shearers, daß vier amerikanische Admirale seine Tätigkeit als Propagandist für eine Verstärkung der Flotte unterstützt hätten, große Aufregung verursacht. Shearer behauptete weiter, er habe dazu beigetragen, die Dreierkonferenz für die Abbrückung zur See in Genf 1927 zu einem Mißerfolg zu führen, indem er das amtliche Material benutzte, das Offiziere des Nachrichtendienstes der Vereinigten Staaten ihm zukommen ließen. Senator Borah verlangte vor dem Marineauschuß des Senats eine Untersuchung über diese Behauptungen, und Präsident Hoover gab zu verstehen, daß eine noch eingehendere Untersuchung nötig wäre.

Samfens wieder angeklagt.

Die Steuerfreibeuge des Landvolkführers. — Der Jhehoer Bauernprozeß.

Altona, 9. September.

Neuerdings hat die Staatsanwaltschaft in Kiel gegen den wegen des gleichen Delikts bereits verurteilten Landvolkführer Hofbesitzer Wilhelm Samfens-Tetenbüll nochmals Anklage wegen Aufreizung zum Steuerfreibei erhoben.

Im Jhehoer Bauern-Prozeß, in dem gegen 57 Hofbesitzer Bauern die Anklage wegen Aufruhrs erhoben war und der mit der Freisprechung des größeren Teiles der Angeklagten endete, hat die Staatsanwaltschaft ihre gegen das gesamte Urteil eingelegte Berufung zurückgenommen.

Ueber die von den verurteilten Angeklagten eingelegte Berufung soll in der aller nächsten Zeit von dem Landgericht in Altona entschieden werden.

Hitler-Aktivität.

Mit Nordhege und Ueberfällen.

In Hirschberg in Schlesien erscheint als Ableger des „Völkischen Beobachter“ ein Lokalblatt der Nationalsozialisten unter der Firma „Hirschberger Beobachter“. Verantwortlich dafür zeichnet der nationalsozialistische Mechaniker Paul Franke, der sich in Nr. 11 folgende Drohung gegen den Reichstagsabgeordneten Buchwitz, sozialdemokratischer Bezirksparteileiter für Niederschlesien, leistet:

Einmal wird das Volk erwachen und der Tag ist nicht mehr fern. Dann werden eure Anhänger von Euch Rechenschaft fordern, dann seht auch Du, Genosse Buchwitz, daß Du die schwarz-roten Grenzpfähle weit hinter Dir läßt, sonst dürftest eine hohe Kletter in der Görtlicher Heide bestimmt für Dich gewachsen sein.“

Buchwitz hat dieser politischen Nordhege wegen Strafantrag gestellt.

Kurz nach Erscheinen der erwähnten Nummer des Blattes wurden in der Nacht zum Sonnabend der Redakteur und der Expedient unseres Parteiblattes in Hirschberg von zwei Halunken überfallen. Die Angreifer zogen jedoch den kürzeren. Auf der Polizeiwache wurden außerdem ihre Namen festgestellt und sie haben noch ein gerichtliches Nachspiel zu gewärtigen.

Schwere kommunistische Niederlage.

Die Arbeiter wollen nichts mehr von der KPD. wissen.

Stuttgart, 9. September. (Eigenbericht.)

Einen Beweis für die völlige Zerfurchung der kommunistischen Bewegung in Württemberg, wie er schlüssiger kaum geführt werden kann, lieferte der Ausgang der Ortsvorsitzenden-Wahlen in Baihingen a. S., einer Vorortsgemeinde von Stuttgart. Die nicht nur selbst der Sitz sehr großer und lebenskräftiger industrieller Unternehmungen ist, sondern aus der auch zahlreiche Arbeiter in Stuttgart ihre Beschäftigung finden. Die kommunistische Partei hatte in der Person des Landtagsabgeordneten Fischer einen eigenen Kandidaten aufgestellt und lebhaft für ihn agitiert. Das Ergebnis war, daß Fischer von den insgesamt abgegebenen 3729 Stimmen ganze 12 (in Buchstaben zwölf) erhielt, während der von der Sozialdemokratie unterstützte Kandidat Heller mit 2412, also mit Zweidrittel-Mehrheit, gewählt wurde. Auf einen bürgerlichen Bewerber entfielen 1299 Stimmen. Um den „Erfolg“ der kommunistischen Kandidatur richtig werten zu können, muß man in Betracht ziehen, daß die kommunistische Partei bei den Wahlen im Mai vorigen Jahres noch 641 Stimmen in Baihingen erzielt hatte.

Broddorff-Rankau.

Zu seinem ersten Todestag.

Heute vor einem Jahre starb, ziemlich unerwartet, während eines Urlaubes in Berlin, der erste deutsche Botschafter in der Sowjetunion, Graf Ulrich Broddorff-Rankau. Gerade in diesen Tagen ist eine Biographie dieses deutschen Diplomaten bei Reimar Hobbing erschienen, verfaßt von Dr. Edgar Stern-Rubarth. Wenn auch dieses Werk, das wohl nicht zuletzt für den obigen Kreis bestimmt ist, aus dem Broddorff-Rankau stammt, manche einleitende Kapitel genealogischen und ähnlichen Inhaltes enthält, die für die Allgemeinheit von geringem Interesse sind, so ist diese Biographie für den Politiker schlechthin interessant; einmal, weil Broddorff-Rankau eine führende historische Persönlichkeit in einem wichtigen Abschnitt der deutschen Geschichte war, und außerdem, weil seine Entwidlung, besonders in den letzten zehn Jahren, für viele ein Rätsel blieb.

Dieses Rätsel wird durch den Biographen in durchaus logischer Weise gelöst: der kaiserliche Diplomat, der intellektuell über den Durchschnitt begabt war, hat die Unfähigkeit des Regimes und die Schwäche seines Oberhauptes frühzeitig erkannt, während ihm gerade die Kriegsjahre in Kopenhagen die Erkenntnis der wertvollen Kräfte vermittelten, die in den Tiefen des deutschen Volkes ruhten; so erklärt sich seine Bereitwilligkeit, dem Rufe der sozialdemokratischen Volksbeauftragten zu folgen und als erster Außenminister der deutschen Republik zu dienen.

Allein schon diese Tat sichert seinem Namen den Dank des demokratischen Deutschland in der Zukunft. Der Verfasser der Biographie Broddorff-Rankaus hat den starken republikanischen Charakterzug im Leben und Wirken Broddorff-Rankaus seit der Flucht des letzten Kaisers an verschiedenen Stellen bewußt unterstrichen. Besonders erschütternd ist die Schilderung der letzten Stunden des 59-jährigen, der mit vollem Bewußtsein seines nahenden Endes starb und sich bis zuletzt mit seinem Zwillingbruder über politische Probleme ebenso gleichmütig unterhielt, wie über das große Rätsel seines bevorstehenden Sprungs ins Jenseits.

Petrus Hergt.



Und ehe der Hahn krächte, hatte Herr Hergt dreimal abgeschworen, daß er jemals vier Ministerfische gegen 49 Ja-Stimmen für den Dawes-Plan ausgehandelt hätte!

Ratswahl in Genf.

Polen wiedergewählt, Jugoslawien und Peru neueingetreten.

Genf, 9. September. (Eigenbericht.)

Die Ersatzwahl der drei ausscheidenden nichtständigen Ratsmitglieder ergab am Montag die Wiederwahl Polens mit 50 Stimmen und die Wahl Jugoslawiens und Perus mit 42 bzw. 36 Stimmen. 22 Stimmen entfielen auf Norwegen. Die Wahl von Polen, Jugoslawien und Peru war von vornherein zu erwarten. Ausgeschlossen waren in diesem Jahre Rumänien, Chile und Polen, doch war Polen seinerzeit für wiedergewählbar erklärt worden. Für Rumänien ist nun ein anderer Staat der Kleinen Entente eingetreten und für Chile ein anderer südamerikanischer Staat.

Der Völkerbundsrat setzt sich nach diesem Wahlergebnis zusammen aus den ständigen Mitgliedern Deutschland, England, Frankreich, Japan, Italien und den nichtständigen Mitgliedern Polen, Peru, Persien, Rußland, Venezuela, Jugoslawien, Kanada, Finnland und Spanien.

Weitere Beitrittserklärungen zur Fakultativklausel.

Genf, 9. September. (Eigenbericht.)

Außer dem deutschen Außenminister und dem englischen Handelsminister hatten in den Ratsversammlungen des Völkerbundes die Vertreter der Tschechoslowakei (Beneß), Italiens (Scialoja), Portugals (Basconcelles) und der Schweiz (Motta) das Wort. Auch sie beschäftigten sich mit den großen politischen Ereignissen der letzten Zeit. Sie begrüßten das Ergebnis der Haager Konferenz und nahmen zu den Problemen des Völkerbundes, und hier namentlich zu der Frage der Schiedsgerichtsbarkeit

und zu den wirtschaftlichen Arbeiten vom Standpunkt ihrer Länder Stellung. Der Vertreter Italiens und der Vertreter der Tschechoslowakei erklärten den Beitritt ihres Landes zur Fakultativklausel. Italien hat allerdings bei seiner Unterschrift, die am Montag vormittag im Völkerbundessekretariat schon vollzogen wurde, in einer längeren Erklärung den Wirkungsbereich der Haager Rechtsprechung stark eingeschränkt. Es behielt sich u. a. vor, diplomatische Wege oder die Intervention des Völkerbundesrates in Anspruch zu nehmen, bevor es eine Angelegenheit vor das internationale Gericht im Haag bringt.

Gegensätze im britischen Kabinett.

London, 9. September. (Eigenbericht.)

Die erste Vollziehung des englischen Kabinetts, seit Rückkehr der Minister aus dem Haag und aus Genf, soll ziemlich für mich verlaufen sein. Gewisse Gegensätze, namentlich in außenpolitischen Fragen, die sich in den letzten Tagen in der Presse deutlich widerspiegeln, dürften auch im heutigen Kabinettsrat aufeinandergeplatzt sein. Es handelt sich dabei um die Zustimmung des Außenministers Henderson zu dem in Genf vorgebrachten Plan einer finanziellen Unterstützung, angegriffen von Staaten durch die Großmächte im Kriegsjahre. Ein beträchtlicher Teil der englischen öffentlichen Meinung steht in hellem Aufruhr gegen diesen Vorschlag, der als „Finanzierung von Kriegen anderer Leute“ bezeichnet wird. Daß diese Opposition allmählich im Kabinett zu einer offenen Spaltung geführt habe, wie ein Teil der Presse in sensationeller Form behauptet, wird offiziell ausdrücklich dementiert.

Uchtzig Millionen verpulvert.

Früchte deutschnationaler Mißwirtschaft bei Raiffeisen.

Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtags, der die Kreditgewährung der Preußenkasse an die Raiffeisen- und Landbundgenossenschaften nachprüfen hat, tritt am 18. September, ziemlich einen Monat vor Wiederbeginn der Plenarverhandlungen des Landtags, zu einer längeren Sitzungsperiode zusammen. Zunächst wird der Präsident der Zentralgenossenschaftskasse, Dr. Klepper, als Auskunftsperion gehört werden. Präsident Klepper hat in mühevoller Arbeit zusammen mit dem neuen Vorstand der Raiffeisenbank deren Sanierung durchgeführt, zu der allerdings die Preußenkasse einen außerordentlichen großen Ueberbrückungskredit zu sehr kulanten Bedingungen hergeben mußte. Welchen Ausmaß der alte Vorstand der Raiffeisen-Bank, bestehend aus den Herren Dietrich-Frenzlau (Deutschnationaler Reichstagsabgeordneter), Seelmann-Eggebert (Deutschnationaler Landtagsabgeordneter) und Schwarz bei ihrem erzwungenen Abgang hinterlassen hatte, das geht aus folgender Aufstellung hervor:

Über deren Ziffern seit dem 14. Juli 1928 zwischen der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse und der Leitung der Raiffeisen-Bank grundsätzliche Uebereinstimmung herrscht:

a) Aus Geschäften der Raiffeisenbank vor der 1926-27er Reorganisation ergibt sich im Falle der Liquidation ein Gesamterlust von rund	48,4 Mill. M.
b) Die von dritter Seite zu bedeckenden Verluste einiger Warenankalten (Berlin, Breslau, Danzig, und Schwerin) betragen mindestens	7,6 Mill. M.
c) Die Liquidationskosten der Raiffeisenbank werden sich schätzungsweise stellen auf	4,0 Mill. M.
d) Außer den Beträgen zu a bis c ist das allgemeine landwirtschaftliche Kreditrisiko der Raiffeisenbank zu berücksichtigen. Die Preussische Zentralgenossenschaftskasse schätzt dieses Risiko auf bis zu	20 Mill. M.
Zusammen:	80 Mill. M.

Was die Schätzung unter d anbetrifft, so haben sich bei der Durchführung des Liquidationsvertrages Verluste, die unter das allgemeine landwirtschaftliche Kreditrisiko fallen, bereits in Höhe von rund 7 Millionen Mark ergeben, so daß ein Totalverlust von 67 Millionen Mark bereits jetzt mit absoluter Sicherheit feststeht. Doch ist leider kaum zu zweifeln, daß sich diese Summe bis zum Betrag der oben genannten Schätzung im Laufe der weiteren Liquidation noch erhöhen wird.

Die einzelnen Einleger, Spärer und Anteil-

eigner der Raiffeisen-Genossenschaften haben freilich trotz dieser enormen Verluste für ihre Guthaben nichts zu fürchten, da der preussische Staat — aus seiner bekannten marxistischen Agrarfeindschaft heraus! — nicht nur durch sein Eingreifen die Fortführung der Genossenschaften sichergestellt, sondern auch den einzelnen Raiffeisen-Genossenschaften wie deren persönlich haftenden Mitgliedern

die übernommenen Bürgschaften für die Schuldenlast der Raiffeisen-Bank aus der deutschnationalen Mißwirtschaftsperiode großmütig erlassen hat!

Wofür er den Dank des Landvolks mit schwarzen Senfensöhnen, Höllemaschinen und Heubeden abgestattet erhält.

Von Interesse dürfte sein, daß

der „Vormärts“ bereits am 31. Juli 1925

in seinem Wirtschaftsteil auf die Verlustgeschäfte der Raiffeisen-Bank mit dem Konzern des berüchtigten Spekulanten Riebe hingewiesen hat. Die deutschnationalen Vorstandsmitglieder der Raiffeisen-Bank haben damals mit eherner Stirn alles abgefrüht und die deutschnationalen Presse hat ihren Lesern den Tatbestand einfach unterschlagen. Denn sie hatte ja damals ausschließlich in Darmstadt-Skandal zu machen und deshalb für die 60-Millionen-Verlustgeschäfte der Dietrich-Frenzlau und Seelmann-Eggebert mit den Spekulanten Uralzess, Riebe, Schuppe usw. kein Organ.

Der Frankfurter Versicherungsstandal.

Eröffnung der Voruntersuchung gegen die Direktoren.

Frankfurt a. M., 9. September. (Eigenbericht.)

Die Justizpressestelle teilt mit, daß auf Antrag der Staatsanwaltschaft am 9. September gegen die bisherigen Direktoren der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-Aktiengesellschaft, Philipp Beder und Dr. Kerchbaum, sowie die bisherigen Direktoren der Süddeutschen Bank, Siegfried Sauerbrey und Bruno Fuchs, die Voruntersuchung eröffnet worden ist. Beder und Kerchbaum werden angeklagt, als Vorstandsmitglieder der „Favog“ absichtlich zum Nachteil der Gesellschaft gehandelt und in ihren Uebersichten und Darstellungen über den Vermögensstand der Gesellschaft die Verhältnisse unwarhaft dargestellt bzw. verschleiert zu haben.

Sowjetbetriebe militarisiert.

Gewerkschaften und Parteizellen ausgeschaltet. — Einheitliche Befehlsgewalt.

Moskau, 9. September.

Der Berordnung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei über Maßnahmen zur Verbesserung der Produktionsleistung kommt größte wirtschaftliche und politische Bedeutung zu. Die Berordnung stellt eine entschiedene Abkehr von den traditionellen Bestrebungen des Sowjetstaats dar, den breiten Massen der Arbeiterschaft weitgehenden Einfluß auf die Leitung und Organisation der Betriebe einzuräumen. Zugleich bedeutet sie in dieser wichtigen Frage eine Abkehr von dem bisherigen Stalinischen Kurs.

Das Zentralkomitee stellt fest, daß die fehlende Trennung zwischen den Funktionen der Fabrikorganisationen (Direktion, Fabrikkomitee und Parteizelle) und die Einmischung der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen in die Tätigkeit der Direktion die Arbeit der Unternehmungen ungünstig beeinflussen. Zur Festigung der Arbeitsdisziplin und Hebung der Arbeitsleistung wird die ganze Verantwortung für die Arbeit des Unternehmens dem Fabrikdirektor aufgelegt, der weitgehende Vollmachten erhält. Die Fabrikdirektion ernannt das gesamte Personal, ihre Anweisungen sind bindend für die Arbeiter, unabhängig von ihrer Stellung in der Partei und den Gewerkschaften. Parteizellen und Gewerkschaften haben bei Ernennungen und Entlassungen nur das Beschwerderecht bei den übergeordneten Organen, ohne daß dadurch die Durchführung der Anordnungen der Direktion aufgehoben wird. Die Gewerkschaften und Parteizellen haben „sich

jeder Einmischung in die Fabrikleitung zu enthalten“.

Wenn auch in der Berordnung immer wieder die Bedeutung der Parteizellen und Gewerkschaften hervorgehoben wird, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß durch die neuen Maßnahmen der Einfluß dieser Organisationen auf die Fabrikleitung so gut wie ganz ausgeschaltet wird. Die Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft und die Gegensätze zwischen Partei- und Gewerkschaftszellen einerseits und den Arbeitermassen andererseits werden voraussichtlich weiter verschärft werden. Wenn jetzt den Parteizellen und Gewerkschaftsorganisationen vorgeschrieben wird, mit besonderem Eifer eine Atmosphäre des Zusammenarbeitens aller Teile des Fabrikorganismus herzustellen, wenn sie ganz besonders angewiesen werden, die Arbeiterschaft davon zu überzeugen, daß die von den Fabrikleitungen vorgenommenen Maßnahmen zur Festigung der Disziplin und Hebung der Produktivität Maßnahmen sind, die den Richtlinien der Kommunistischen Partei und der Sowjetgewalt entsprechen, und zwar zum Wohl der Arbeiterschaft und zur Stärkung der proletarischen Diktatur, so ergibt sich tatsächlich für die Parteizellen und die Gewerkschaften fast die Rolle von Handlangern und Stimmungsmanipulanten für die Direktoren. Diese erhalten „einheitliche Befehlsgewalt“, in der Sprache der Roten Armee entnommener Ausdruck, dessen Anwendung allein schon erraten läßt, wie scharf jetzt die Zügel angezogen werden sollen.

einsteellung für 73 011 Arbeiter 2,91 M. pro Woche erreicht. Bei Lohnbewegungen mit Arbeitseinstellung für 13 181 Arbeiter 3,60 M. je Woche. Die ohne Arbeitseinstellung erreichten Erfolge sind materiell höher zu bewerten. Diese Erfolge beachtend, nimmt es sich eigentlich aus, wenn die Organisation in einigen Anträgen aufgefördert wird, den Klassenkampf mehr als bisher zu pflegen. Die von der sogenannten Opposition gestellten Anträge fertigt der Vorsitzende in treffender Weise ab.

Der Hauptkassierer Geist gab in seinem Rassenbericht ein Bild davon, wie eine Organisation durch Arbeitskämpfe und Wirtschaftskrisen in Anspruch genommen werden kann. Solche Riesenausgaben, wie in den letzten Jahren, können ohne Einnahmesteigerung auf die Dauer nicht geleistet werden.

Ueber die Redaktionsstätigkeit und die Bildungsaufgaben berichtete der Redakteur Siebold. Er führte unter anderem folgendes aus: Eine Gewerkschaftszeitung ist heute kein reines Agitationsblatt mehr. Entsprechend den gewachsenen Aufgaben der Gewerkschaften muß sie vielseitig sein. Die Entwicklung der Wirtschaft, die Umwälzung der Technik, die Gebiete Arbeitsrecht, Arbeitsversicherung, Sozialpolitik usw. verlangen eine ausgiebige Berücksichtigung. Des ferneren muß die Zeitung so ausgebaut sein, daß nicht nur jedes Mitglied, sondern auch die Frauen und die Familienmitglieder gern nach der Verbandszeitung greifen. Vom nächsten Jahre ab soll ein weiterer Ausbau der Verbandspresse erfolgen.

Urwahl im Gesundheitswesen.

Gewählt wird Liste I.

Am 10., 11. und 12. September ist Urwahl zum Verbandstag. Diese Wahl wurde notwendig, weil die Kommunisten zeigen wollen, daß sie auch im Gesundheitswesen vorhanden sind. In der Branchenbelegiertenversammlung machte Genosse Hermann Schulz die Vorschläge der Branchenleitung bezüglich der Verteilung der Mandate auf die in Frage kommenden Betriebsgruppen. Vorge schlagen war u. a. für die Mandatgewährung die Anstalt Wuhlgarten.

Der Vertreter der 8 Mann starken Opposition (170 Delegierte kommen in Frage) und Kandidat der 2. Liste, Robst, Rudolf-Birchow-Krankenhaus, erklärte als erster Disstitutionsredner, daß die Opposition Gegner des Zusammenschlusses mit dem Deutschen Verkehrsband und dem Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter ist und daß er die Vorschläge der Branchenleitung nicht anerkennen könne.

Es ist noch nicht lange her, daß in Halle a. d. S. die Reichskonferenz des Gesundheitswesens getagt hat. Der kommunistische Berichterstatter hielt es für notwendig, von dieser Tagung in einer Art zu berichten, wie es in kommunistischen Blättern üblich ist, so daß die bürgerliche Seite ihre helle Freude daran haben konnte. Die Kandidaten der Opposition geben keine Gewähr dafür, daß die gesamten Interessen der im Gesundheitswesen Beschäftigten vertreten werden. Was hat z. B. der Kandidat Dr. Benjamin, Stabarzt, bisher in gewerkschaftlicher Beziehung geleistet? Wie sieht es in den Betrieben der Kandidaten der Opposition aus?

Wirklich praktische Gewerkschaftsarbeit wird von den Kandidaten der Liste I geleistet. Die Kolleginnen und Kollegen des Gesundheitswesens wählen deshalb am 10., 11. und 12. September nicht die Liste der Opposition, sondern die Kandidaten der Liste I, beginnend mit den Namen: 1. Karl Sawlitta, 2. Ernst Brodhausen, 3. Hermann Schulz, 4. Erich Eichhorst, 5. Alfred Bogdan, 6. Wilhelm Schulz, 7. Renne Wolter. Diese bieten die Gewähr dafür, daß der Auf- und Ausbau des Gesundheitswesens gefördert wird.

Darum auf zur Wahl! Gebt den Gewerkschaftspatern und Gegnern der Vereinigung die richtige Antwort.

Zum Streik der Buchbinder.

In Luxuspapierfabriken und Steindruckereien.

Der Streik geht unverändert weiter. Die Firma Rotaphot verliert, Streikarbeit in anderen Betrieben herstellen zu lassen. Es kommen folgende Arbeiten in Betracht: Kall-Zeitschrift, Wirtschafts-Illustrierte, Radioprospette für Siemens, Prospekte und Wasser-sportzeitung für Reichsbanner.

Wir erlauben, alle Streikarbeiten zu verweigern und die Annahme von Arbeit in den bestreikten Betrieben: Albrecht u. Reister, Paul Hagelberg H.-G., Paul Pittius, Rotaphot H.-G., Selmar Bager und Littauer u. Pöschgen abzulehnen.

Außerdem hat die Firma Pittius unter dem Decknamen Linke, Berlin-Treptow, Kiehlstraße 402, eine Prägerei aufgemacht, in der Streikarbeit hergestellt wird.

Wir erlauben, auch für diesen Betrieb die Annahme von Arbeit zu verweigern.

Verband der Buchbinder und Papierarbeiter Deutschlands. Die Ortsverwaltung.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin.

Die Gruppenveranstaltungen fallen aus. — Besucht: die Veranstaltung am 19. Uhr in der Schulstraße Köpenick, 13; die Rundgebung am 19 Uhr im Kleinen Tiergarten; die Demonstration um 19 Uhr ab Krenowelder Platz — Schulstraße; die Veranstaltung am 20 Uhr in der Schulstraße Köpenick, 13. Vorher Demonstration. Treffen am 19 Uhr auf dem Beltinplatz. Besucht die Ausstellung im Gewerkschaftshaus, Engelauer 34-35, Saal II und III. Aufgeht: Sonntags von 17-22 Uhr; Sonntag, 15. September, von 10-14 Uhr.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten.

Heute, Dienstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Kuchelweil: Jugendheim Köpenick, Str. 18-19. Vortrag: „Gammeln und Sprechen“. Referent: Fritz Weigelt. — Spiel und Sport: Sportplatz Humboldthain ab 18 Uhr; Stadion Köpenick ab 20 Uhr. Treffpunkt: 20 Uhr am Bahnhof.

Verantwortlich: Dr. Volkmann; Richard Bernheim; Wirtschaft: G. Alingebiller; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Freizeitsport: Dr. John Schittowski; Soziales und Konflikte: Walter Trojan; Anzeigen: Th. Glöde; sämtlich in Berlin. Verlag: Sozialistische Jugend, G. m. b. H., Berlin. Druck: Sozialistische Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2. Sitzort: 1. Beilage und „Interkultura und Wissen“.

Aus dem Jahrbuch des ADGB.

Tariflöhne. — Bildungsarbeit. — Mitarbeit der Frau.

In Ergänzung der Besprechung des Jahrbuchs 1928 des ADGB (siehe „Vorwärts“ vom 7. September), noch einige kurze Ergänzungen.

Auffachreich ist das Kapitel über die Entwicklung der Tariflöhne im Vorjahre, wozu jedoch einschränkend bemerkt werden muß, daß sowohl die amtlichen Statistiken wie auch die des ADGB Fehlerquellen enthalten. Das Ergebnis der Statistik des ADGB weist gegenüber der amtlichen nur unerhebliche Abweichungen auf, die auf den Unterschied in der Erhebung und Bearbeitungsmethode zurückzuführen sind. Nach der amtlichen Statistik sind die Tariflöhne der gelernten Arbeiter 1928 um 6,4 Proz. (1927 um 7,6 Proz.) und die der ungelerten Arbeiter um 6,9 Proz. (12,1 Proz.) gestiegen. Gemessen an der Steigerung der Lebenshaltungskosten erhöhte sich der reale Tariflohn der gelernten Arbeiter 1928 um 5,4 Proz. (1927 um 2,7 Proz.) und der ungelerten Arbeiter um 5,9 Proz. (7,2 Proz.).

Kleinstes gering war die Lohnzulage in der Landwirtschaft, wenn sie auch im Vergleich mit den unerhöht niedrigen Lohnsätzen des Jahres 1927 verhältnismäßig hoch erscheint. Bei den männlichen Bollarbeitern (Deputaten) stieg der durchschnittliche Stundenlohn im Laufe des Berichtsjahres von 40,03 Pf. auf 41,51 Pf. oder um 3,7 Proz. und bei den Bollarbeiterinnen (Freiarbeiterinnen) von 23,15 Pf. auf 25,58 Pf. oder um 10,5 Proz.

Ueber die Bildungsarbeit der freien Gewerkschaften gibt ein besonderes Kapitel Aufschluß. Hierin findet vor allem der gemeinsame Kampf mit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands gegen das Berechtigungs-wesen Erwähnung, sowie die Bemühungen der Gewerkschaften um die Fortbildung ihrer Funktionäre. 313 Mitglieder der verschiedensten Verbände haben die Wirtschaftsschulen in Berlin und Düsseldorf, die Akademie der Arbeit in Frankfurt und die Volkshochschule in Tinz besucht.

Ueber die Mitarbeit der Frauen in den Gewerkschaften wird berichtet, daß im Jahre 1928 den deutschen freien Gewerkschaften nahezu 60 000 weibliche Mitglieder zugeführt wurden. Mit Recht wird daran Kritik geübt, daß die Mitarbeit der Frauen auch in den freien Gewerkschaften leider nicht die Anerkennung findet, die ihr zukommt. Selbst in den Verbänden, wo eine große Zahl oder sogar die Mehrzahl der Mitglieder Frauen sind, findet man sie in den Vorständen und bei wichtigen Veranstaltungen gar nicht oder nur in geringer Zahl vertreten. So waren z. B. auf dem Gewerkschaftskongress in Hamburg unter 282 Delegierten nur zwei weibliche, aber auch in den anderen Körperschaften sind die Frauen nur ganz selten vertreten. Von den insgesamt 10 308 Beisitzern bei den Arbeitsgerichten sind z. B. nur 108 weiblichen Geschlechts. Genau so sieht es mit der Vertretung der Frauen in den Betriebsräten, in den Verwaltungsausschüssen der Arbeitsämter und den Ausschüssen und Vorständen der Krankenkassen aus.

Ein lehrreicher Rechtsstreit.

Bei Schadenersatzklagen gesteht man Gewinne.

Dresden, 9. September. (Eigenbericht.)

Im Januar 1928 entbrannte in der sächsischen Eisenhüttenindustrie ein Arbeitszeitkampf, der seine Ursache in einem vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärten Schiedsspruch hatte. Der Spruch brachte wesentliche Verschärfungen in bezug auf die Arbeitszeit, hauptsächlich in der Sonntagsarbeit. Nach Auffassung des Metallarbeiterverbandes und der Arbeiterschaft verließ er gegen zwingende gesetzliche Bestimmungen. In begrifflicher Erregung verweigerte die in Frage kommende Arbeiterschaft trotz der Verbindlichkeits-erklärung die verlangte Mehrarbeit. Sie wurden wegen angeblicher Arbeitsverweigerung entlassen und die daran Beteiligten wurden ausgesperrt. Etwa 8000 Arbeiter sind von der Aussperrung betroffen worden. Eine Klage der Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes für Ungültigkeitserklärung

des Schiedsspruchs hatte vor dem Arbeitsgericht Dresden Erfolg: das Landesarbeitsgericht und das Reichsarbeitsgericht wiesen jedoch die Klage ab.

Der Verband der Metallindustriellen glaubte nun auf Grund dieser Entscheidungen, den Metallarbeiter-Verband für den durch die Aussperrung entstandenen Schaden der Hüttenindustrie verantwortlich machen zu können. Die Gesamtforderung der Metallindustriellen beläuft sich auf über 24 Millionen Mark. Sehr interessant ist die Begründung ihrer Forderungen. So wird für das Werk Riesa neben der Forderung für die entstandenen Unkosten während der Aussperrung in Höhe von 1 035 679 M. der entgangene Reingewinn während derselben Zeit mit 5 192 776 M. angegeben. Da die Aussperrung 37 Tage dauerte, entfällt auf einen Tag ein Reingewinn von 14 034 M. Das sind im Jahre 5 122 410 M. Reingewinn. Für das Gussstahlwerk Döhlen wurde eine Forderung von 335 000 M. Betriebsunkosten und 200 000 M. entgangenen Reingewinn angemeldet. Diese Gewinnberechnung steht in auffälligem Gegensatz zu den bei allen Lohnverhandlungen stets wiederkehrenden Behauptungen der Eisenindustriellen, daß ihre Betriebe nicht gewinnbringend genug seien, um der Arbeiterschaft eine menschenwürdige Arbeitszeit und ausreichende Löhne gewähren zu können. Diese Behauptungen bieten in den meisten Fällen die Grundlage für die Schiedssprüche.

Vor dem Arbeitsgericht wurde am Montag nach mehrstündigen Verhandlungen das Urteil gefällt. Es lautete auf Abweisung der Klage aus formalen Gründen. Der Metallarbeiter-Verband sei nicht passiv legitimiert, d. h. er könne nicht als Beklagter gelten, da er in dem der Klage zührende liegenden Schiedsspruch nicht Vertragspartei gewesen sei. Für die Klage gegen den Bezirksleiter Leiharbeiter könne der § 54 BGB. nicht angewendet werden, da es sich um einen Zwangstarif gehandelt habe.

Verbandstag der Steinarbeiter.

Der Verbandstag der Steinarbeiter wurde am Montag im Berliner Gewerkschaftshaus vom Vorsitzenden des Verbandes, Genossen Winkler-Leipzig eröffnet. Er wies darauf hin, daß der Steinarbeiterverband auf eine 45jährige Entwicklung zurückblickt. Nach Ehrung der Toten und Begründung der Hefte wurden zu Vorsitzenden des Verbandstages Winkler-Leipzig und Eisner-Dresden gewählt.

Von den Gästen nahm Sekretär der Steinarbeiter-Internationale Robt-Schweiz als erster das Wort. Er erklärte, daß die deutsche Organisation einen wirtschaftlichen Machtfaktor darstellt und den übrigen Verbänden der Internationale als Muster dient. Vor allem die Festsetzung der Arbeitszeit, die Tarifstätigkeit, der Gesundheitschutz und die Berufsbildung.

Der österreichische Delegierte berichtete von einem guten Organisationsverhältnis und ging auf die Heimwehrebewegung ein. Die österreichische Arbeiterschaft würde diese Gefahr zu überwinden wissen.

Den Geschäftsbericht des Vorstandes gab der Vorsitzende Winkler. Die Steinindustrie ist wohl wie keine andere in einer tiefgreifenden Umwälzung begriffen. Bildhauer und Steinmetzen werden immer weniger. Die großen Steinbrecheranlagen machen viele Steinarbeiter überflüssig. Im Steinseggewerbe ist eine ähnliche Entwicklung bemerkbar. Der Naturstein wird durch künstliche Strahndecken verdrängt. Angesichts dessen sind die Erfolge der Organisation, besonders die Mitgliederzunahme um 34 Proz. in der Berichtszeit, sehr hoch zu schätzen. Die Steinarbeiter haben den Klassenkampf von oben sehr deutlich zu spüren bekommen. Der Verband konnte die großen Aufgaben für Streiks und soziale Unterstützungen nur machen, weil er sparsam gewirtschaftet hat. 55 Proz. der Gesamteinnahme wurden den Mitgliedern in Form von Unterstützungen — außer Streit- und Maßregelungsunterstützung — zurückgegeben. Die Jugendbewegung wird von der Organisation besonders gepflegt.

1928 wurden bei Lohnbewegungen ohne Arbeits-

Erhalten Sie sich Ihre feine Leibwäsche wie neu

Waschen Sie nur mit

LUX

SEIFENFLOCKEN



so raten Ihnen..

GRÜNFELD CORDS, GRUMACH und viele andere führende Wäschegeschäfte im ganzen Reich

SUNLICHT GES. A.G. MANNHEIM

Es sind die gleichen Täter!

Das Gutachten über die Sprengstoffanschläge.

Das Gutachten der Chemisch-Technischen Reichsanstalt über die letzten Sprengstoffanschläge ist nunmehr bei der Polizei eingegangen. Das Gutachten spricht sich dahin aus, daß bei dem Anschlag am Bau des Regierungspräsidenten in Schleswig die gleichen Materialien verwendet worden sind, wie bei dem ersten Anschlag in Lüneburg.

Vor allem waren die Margarinkisten und die Blechbüchsen in beiden Fällen genau gleich. Die Sprengstoffladung war 3,9 Kilogramm schwer. Der Sprengstoff ist ein Bergwerksprengstoff vom Typ des Ammonit 2, der aus Trinitrotoluol, Naphthalin, Ammoniumsalpeter und Holzmehl zusammengesetzt ist. Zur Zündung des Sprengstoffes war eine Sprengkapsel Nummer 8 verwendet worden, für die ein behelfsmäßiger Zü-

günder hergerichtet worden war. Der Zündsatz war, wie bei den in Lüneburg aufgefundenen Sprengkörpern, Streichhölzern abgenommen. Die Stromquelle bestand wiederum aus drei Taschenslampenbatterien.

Die zum selbsttätigen Schließen des Stromkreises bestimmte Uhr unterscheidet sich in keiner Weise von der beim Anschlag in Lüneburg vorgefundenen Uhr. Bei dem Sprengstoffanschlag auf das Reichstagsgebäude in Berlin ist offensichtlich ein nicht brisanter, schwarzpulverartiger Sprengstoff verwendet worden, jedoch hat sich auch hier die gleiche Zündvorrichtung mit dem gleichen Uhrwerk, wie bei den anderen Anschlägen vorgefunden.

Bei dem letzten Attentat auf das Regierungsgebäude in Lüneburg ist mit großer Wahrscheinlichkeit ein brisanter Sprengstoff verwendet worden, der durch eine Sprengkapsel zur Explosion

gebracht worden ist. Auch in diesem Falle wurde zweifellos ein Uhrwerk zur selbsttätigen Auslösung der Explosion verwendet. Die vorgefundenen Rückstände des Sprengstoffes lassen keine näheren Schlussfolgerungen auf die Zusammenfügung des Sprengstoffes zu.

Zu den Meldungen eines Hugenberg-Blattes, daß von der Abteilung IA eine große Suchaktion nach dem Bombenattentäter im Norden Berlins unternommen worden ist, erfahren wir, daß es sich lediglich um eine verhältnismäßig kleinere Recherche im Rahmen der Untersuchungen gehandelt hat.

Bei der Abteilung IA der Kriminalpolizei hat sich nämlich ein Sprengmeister aus Hohenschönhausen gemeldet, dem vor einiger Zeit etwa 20 Pfund Sprengstoff gestohlen worden sind. Die Kommissare Dr. Braschwig und Mühlriedel haben diesen Sprengmeister noch gestern nachmittag vernommen, um nach Möglichkeit festzustellen, wer die Diebe dieses Sprengstoffes sein können und ob sie etwa einem Personenkreis nahe stehen, der der Beteiligung an den Sprengstoffattentaten verdächtig ist.

Wie aus den Aussagen des vernommenen Sprengmeisters hervorgeht, scheint mit dem Sprengstoff, die zum Auslösen von Stubben benutzt wurden, ziemlich leichtfertig umgegangen zu sein.

Der Sprengmeister und einige früher bei der Firma beschäftigte Arbeiter wurden aus Hohennuendorf herangezogen. Einer von ihnen gab auf die Frage, ob er irgendwelche Sprengstoffe in seiner Wohnung habe, an, daß sich in seinem Besitz eine Rolle alter Zündschnur befinde. Die Rolle wurde sofort herbeigeschafft; es ergab sich aber sofort, daß bei dem Attentat auf den Reichstag eine ganz andere Art von Lunte Verwendung gefunden hat. Wie weiter ermittelt wurde, sind wiederholt erhebliche Quantitäten des hochexplosiven Sprengstoffes abhandelt worden, ohne daß man sich besondere Gedanken darüber machte, wer ihn an sich gebracht und zu welchem Zweck man es fortgenommen habe.

Obgleich, wie die Polizei mit Bestimmtheit annimmt, die gestern vernommenen Leute mit der Attentatsaffäre nicht das geringste zu tun haben, liegt es doch im allgemeinen Interesse, zu erfahren, wie leichtfertig in manchen Betrieben mit hochwertigen Explosivstoffen umgegangen wird.

Es sind gestern abend noch mehrere Beamte unterwegs gewesen, um auf Grund einiger vertraulicher Mitteilungen über Sprengstoffverwendungen Feststellungen und Beobachtungen zu machen, über deren Ergebnis bis zur Stunde noch nichts bekannt geworden ist.

Die zweite falsche Selbstbeziehung.

Frankfurt a. M., 9. September.

Bei der Staatsanwaltschaft erschien am Montag die Frau des vor einigen Tagen auf Grund der Selbstbeziehung festgenommenen Josef Hett, der angeblich den Bombenanschlag auf das Reichstagsgebäude in Berlin mit ausgeführt zu haben. Aus den Befundungen hat sich ergeben, daß Hett zur Zeit des Bombenattentats nicht in Berlin, sondern in Frankfurt gewesen ist, so daß die Selbstbeziehung sich als haltlos herausgestellt hat.

Kommunist wegen Sprengstoffdiebstahls verhaftet?

Eine Nachrichtenagentur bringt eine Meldung aus Mainz, wonach die Polizei im benachbarten Gonsenheim den Führer der dortigen kommunistischen Parteigruppe verhaftet habe, nachdem in seiner Behausung eine große Menge Sprengstoff mit Zündschnur und Sprengkapseln vorgefunden war.

Arbeiterjugend im Rundfunk. „25 Jahre Arbeiterjugendbewegung“ lautet das Thema, über das im Rahmen der Festwoche der sozialistischen Arbeiterjugend heute, 16 Uhr, der Genosse Max Peters, früherer Sekretär der Zentralstelle für die arbeitende Jugend, im Berliner Rundfunk spricht.

Das Jugend-Kammhaus Rübezahl.

Hirschberg, 9. September.

Am Sonnabend und Sonntag fand die feierliche Weihe der Jugendherberge „Rübezahl“ am Spindlerpäß statt. Dieses Haus in 1200 Meter Höhe durch seine günstige Lage weithin sichtbar, unmittelbar an der tschechoslowakischen Grenze gelegen, wurde mit einem Kostenaufwand von 400 000 Mark in kaum einem Jahre erbaut; seine vier Stodwerke bieten etwa 300 Jugendlagerplätzen Unterkunft und Verpflegung.

Nach dem feierlichen Akt der Schlüsselübergabe an den Regierungspräsidenten hielt Reichsminister des Innern Severing die Weiheansprache, in der er zunächst die Grüße und Glückwünsche der Reichsregierung zum Ausdruck brachte. Er sagte u. a., daß das Haus der ganzen deutschen Jugend gehören solle. Der durch die Landstucht einem großen Teil der Bevölkerung erwachsende gesundheitliche Schaden könne durch die Stadtsiedelungen nicht beseitigt werden. Die Parole müsse lauten: „Heraus aus den Städten in der Freizeit! Heraus aufs Land! Heraus in die Wälder! Heraus ins Gebirge! In dieses Haus sollen nicht nur Katholiken und Evangelische, nicht nur Deutschnationale und Sozialdemokraten kommen, sondern er hoffe, daß die Jugend aller Schattierungen, aller Konfessionen und politischen Richtungen frei von jeder Unzulässigkeit und Annäherung hier Erholung des Geistes und des Leibes finden werde. Gerade der Umstand, daß das Haus unmittelbar an der Grenze stehe, zeige die Einigkeit und die Geschlossenheit des deutschen Volkes. Das sei aber kein Wort gegen unsere Nachbarn. Im Gegenteil. Daß die tschechoslowakische Republik keine Schwierigkeiten gemacht habe, die Baumaterialien über ihr Gebiet heranschaffen zu lassen, das sei wohl der beste Beweis dafür, daß die Regierung in Prag



die Errichtung dieses Hauses als die Errichtung eines Gebäudes der Ruhe und des Friedens ansieht. Ich hoffe, so sagte Minister Severing, daß die Zeiten vorüber sind, wo wir einander beargwöhnten, wo an der Grenze Mauern errichtet wurden. Nur eine gesunde Jugend kann, so schloß der Redner, die wunderbaren Dinge vollbringen, die notwendig sind, damit Deutschland in verhältnismäßig kurzer Zeit wieder den Platz erringt, auf den es durch seine kulturellen und geistigen Leistungen innerhalb der Welt Anspruch hat. Mit dem Minister stimmten die Anwesenden in ein dreifaches Hoch auf das deutsche Volk und die deutsche Republik ein.

Hierauf ergriff der preussische Wohlfahrtsminister Hirtzfelder das Wort. Er dankte allen Persönlichkeiten, die sich um die Errichtung des Jugendkammhauses verdient gemacht und so der Jugend ein wertvolles Geschenk gegeben haben.

Die Pflasterkästen

von A.M. Frey.

Copyright 1929 by Gustav Kiepenheuer Verlag A.-G., Berlin

Die Nachricht vom Untergang Mericourts lief über irgendein Lazarett. Dort traten ja Angehörige vieler Verbände zusammen. So kam es, daß Kameraden von Funk, die später zur Truppe zurückkehrten, in Berührung geraten waren mit jenen, die damals abgelöst hatten.

Der Ortskommandant hatte sein Ende gefunden unten in einem seiner möblierten und ausgestatteten Kellergemächer. Vielleicht im Trinfstüberl, darin er die Luke, die hart überm Erdboden ins Freie führte, mit buntem Glas hatte versehen lassen, wodurch sie so anheimelnd Aehnlichkeit bekam mit den Buchenscheiben im „Rodensteiner“ oder im „Wilden Jäger“ daheim. Durch diese Luke ist der Donner hereingefegt und hat den feisten Leutnant zerissen. Möglich, daß sein letzter Gedanke war: nun erwischt es mich wieder, und ich bin immer noch nicht dekoriert!

Auch Marguerite Vacroiz ist den Heldentod gestorben. Sie und ihre Mutter. Aber die kleine Tochter, die Josefine, lebt. Wird sie all die Jahre überstehen — und derart überstehen, daß nicht verlorengeht, wer sie eigentlich ist?

Wird sie sich mit ihrem Vater, dem Sous-officier von der Genietruppe, einst zusammenfinden? Denn Funk ist nun überzeugt, daß dieser Vater den Krieg überleben wird. Jemandem Sinn muß der Tod Marguerites doch haben — ja, sie ist einfach an Stelle ihres Mannes verschlungen worden. Er kann verkünden: meine Frau ist gefallen — und sagt damit ganz etwas anderes, als gemeinhin gelaßt ist, wenn behauptet wird, eine Frau sei gefallen. Wodurch für Funk auch diese Wendung sich enthüllt als verklärter Schwindel, als ein Ausbiegen vor der Wahrheit. Wer gefallen ist, steht — er müßte schon besonderes Unglück haben — wieder auf. Die Gefallenen aber in den jahrelangen Schlächtereien sind, richtig benannt, nichts anderes als Ermordete. Selbst der sanftere Ausdruck „Gefötete“ wäre ungenau. Zu Millionen Ermordete — bei einwandfreiem

Tatbestand, da keineswegs Ueberlegung und Vorsatz gefehlt haben, Leben zu vernichten.

Wenn man, um der Wahrheit zu helfen, übereinkäme, nie mehr von Gefallenen, immer von Ermordeten zu reden — das könnte vielleicht die Neigung zum Kriegsführen arröten, denkt Funk.

Das sind Hoffnungen, die höchstens einer kommenden Zeit weisere und reinere Tage verschaffen. Für jetzt entdeckt er eine Aussicht, den Krieg beendigt zu sehen, in einem Schreiben, das der Chef des Feldsanitätswesens „streng geheim“ an das Heer seiner Militärärzte verleiht. Eine Aussicht, ungeheuerlich und verheißend zugleich.

Der Geheimbericht spricht davon, beim Gegner seien Pestfälle aufgetreten. Wie weit die Meldungen ernst zu nehmen seien, lasse sich vorerst nicht ermesen. Größte Vorsicht sei jedenfalls geboten, und Aufmerksamkeit den Truppenärzten hiermit zur äußersten Pflicht gemacht. Ob es sich um Neupeust oder um die schlimmere Lungenpest handele, stehe noch dahin. Jedenfalls sei auf die Ratte als die bekannte Vermittlerin des Bazillus besonders zu achten. Nicht weniger auf etwaige verdächtige Krankheitserscheinungen beim Frontsoldaten. — Es sei anzunehmen, daß die indischen Kolonialtruppen die Krankheit eingeschleppt hätten, und sei zu erwarten, daß sie gegebenenfalls von Gräben zu Gräben springen werde.

Als Funk den Bericht las, war sein erster Gedanke: hier ist — soll man sagen: wenn wir Glück haben? — das Ende des Krieges! Denn so verbissen die Gegner ineinander sind, derart entmenscht werden sie nicht sein, daß sie sich weiter zerfleischen, während die gewaltigste aller Seuchen ihre Armeen überfällt.

Ausreichende Hilfe in solchem Krieg gegen den Krieg könnte nur die Ratte gewähren. Ja — sie war in ungeheuren Heerscharen vorhanden. Man hatte sie groß und mächtig werden lassen wie die Laus. Wenn die Pest da war, wenn die englischen Grabenratten sie beherrschten — dann war es zu spät, um gegen die deutsche Graben-, Operationsgebiets- und Etappenratte vorzugehen. Denn ihrer lebten zu viele. Sie würden schnell für Ausbreitung der Pest sorgen.

Funk wundert sich selbst, in welcher triumphierenden, ja zynischen Worten er die Sache bei sich überlegt. Er findet diese Worte, um sich zu verhehlen, mit welcher Inbrunst er darauf rechnet, die Ratte in solch toller Weise als Friedensbringerin anzusprechen zu dürfen. Er sieht sie vor sich mit dem Delzweig zwischen den Nagezähnen — er sieht sie pfeifend

umherhüpfen, sie pfeift: „Ich bringe euch, was noch fehlt! Ich bringe den letzten Schrecken; ich bringe buchstäblich das Ende.“

Er hätte gern mit der Mannschaft über die Aussicht auf jene große Wendung gesprochen und erfahren, wie sie's aufnehmen; ob sie solches herbeizusehen wagen könnten. Aber er war ja angewiesen, den Mund zu halten, und befolgte den Befehl, nicht sicher, welche Wirkungen er andernfalls tue. Vielleicht lebten die Soldaten nachher noch zweifelnder dahin, als sie so schon vegetierten.

Er beobachtete die Ärzte, denen er das Schriftstück auszubändigen hatte. Der neue Regimentsarzt, Hudt Josef, las diesmal aufmerksam, was er, wenn sich's um bürokratische Anordnungen drehte, beiseite nicht tat, und brummte: „Oh Herrgott! Unserer Mannschaft ist doch wahrhaftig das Dasein schon lauer genug gemacht. Funk, da müssen wir aber vorbeugend tun, was sich nur tun läßt. Eine Berringerung der Truppe muß möglichst vermieden werden. Je kleiner der Bestand wird, um so schwerer haben's die Ueberbleibenden. Erfah aus der Heimat taugt nicht viel, die schicken uns die Zusammengeflüchten, die nicht mehr mögen, und die jungen Bürschel, die noch nicht recht mögen, die das Indianerspiel gerade hinter sich haben. Die tauglichsten Leute sind immer noch, die schon lang im Graben leben. Sie müssen wir zusammenhalten. — Diese Engländer mit ihrem indischen Schwerm! Das ist doch überhaupt einfach eine Gemeinheit, Kolonialtruppen, Braune, Gelbe, Schwarze, Malaien und Menschenfresser und was noch alles auf uns loszulassen.“

Er war ehrlich erobst. Funk sah sofort ein: seine verurteilten Gedankengänge durfte er hier nicht freilegen, er wäre unmöglich verstanden worden. Er sagte: „Glauben Herr Oberarzt, daß die Deutschen, wenn sie Kolonialtruppen in den Krieg werfen könnten, davor zurückschrecken würden?“

„Bestimmt. Solcher Strupellosigkeiten sind nur die Herren Franzosen und Engländer fähig. Sie lassen europäische Kulturgüter durch afrikanische Barbaren vernichten. Bollen das erste Volk Europas: uns, mit Hilfe von Kannibalen austilgen. Pfui Teufel.“

„Als die Griechen sich der Perier erwehren mußten, sprachen sie auch von Barbaren. Es hat sich aber doch herausgestellt, daß die Bezeichnung einer — einer hochmütigen Kurzsichtigkeit entsprang. Die Deutschen, wenn sie — sagen wir: gegen Spahis kämpfen, haben keine geistig minderwertigen Gegner vor sich. Und wo — verzeihen Sie, Herr Oberarzt — sind überhaupt minderwertige Gegner, wenn es sich um das Primitivste dreht, was man tun kann: einander kaputt machen.“ (Fortsetzung folgt.)

Das Wirtschaftsleben Palästinas.

Seine soziale Schichtung.

Zum Verständnis des blutigen Aufruhrs in Palästina ist auch eine Betrachtung der wirtschaftlichen Verhältnisse notwendig. Neben uns zunächst die jüdische Einwanderung näher an. Sie betrug in den Jahren 1922 bis 1928 92.089 Seelen, denen 23.793 Auswanderer gegenüberstehen, so daß sich ein Uberschuß von 68.296 jüdischen Einwanderern ergibt. Die Zahl der jüdischen Gesamtbevölkerung in Palästina betrug zur Zeit der Abschließung des Waffenstillstandes 1918 55.000; heute leben in Palästina 149.554 Juden. Die Zahl der Palästinajuden hat sich also im letzten Jahrzehnt verdreifacht. Andererseits aber bilden sie gegenüber der arabischen Bevölkerung mit 750.000 Seelen allein in Palästina nur eine schwache Minderheit, die bei der rein arabischen bzw. mohammedanischen Bevölkerung der angrenzenden Länder den Charakter einer

„Keinen jüdischen Insel im arabischen Meer“

gewinnt. Die soziale Struktur der Bevölkerung hat sich im letzten Jahrzehnt scharf verändert. Bezeichnete man Palästina vor 1914 als ein „Griechenland“, da dort das reifere Alter überwog, so ist heute genau das Gegenteil eingetreten. Die natürliche Zunahme der palästinaischen Juden ist recht hoch. Sie betrug z. B. in den Jahren 1923 bis 1927 13.593 Seelen. (Man vergleiche damit die oben angeführten Einwanderungszahlen.) Man nimmt an, daß auf 10.000 Juden in Palästina durchschnittlich 351 Geburten entfallen. Die Kraber weisen freilich eine noch höhere Geburtenziffer auf, doch ist die außerordentlich hohe Sterblichkeit zu berücksichtigen, die in manchen Jahren fast zwei Drittel der Geburten erreicht.

Was nun die soziale Struktur der jüdischen Bevölkerung anbetrifft, so entfällt etwa ein Fünftel der Erwerbstätigen auf die Landwirtschaft. Die Zahl der jüdischen ländlichen Siedlungen in Palästina betrug 1901: 17, 1922 73, 1927: 104. Die Bevölkerung dieser Siedlungen betrug 1901: 4750 Menschen, 1914: 12.000, 1922: 17.262, 1927: 30.500 Menschen. Einschränkung muß bemerkt werden, daß in den Zahlen der ländlichen Bevölkerung offenbar auch die in den Dörfern und Siedlungen lebenden Handwerker, Lehrer usw. mit einbegriffen sind.

Die Berufsschichtung kann im übrigen durch Zahlen veranschaulicht werden, die dem Bericht der zionistischen Exekution an den 15. Kongress entnommen sind, und aus denen ersichtlich wird, in welchen Berufen sich die jüdische Einwanderung des Jahres 1926 in Palästina verankert hat: Landwirtschaft 20,6 Proz.,

gelernte Arbeiter 47,7 Proz., ungelernete Arbeiter 10,1 Proz.,

Kaufleute 8,2 Proz., freie Berufe 13,3 Proz. (hier von Lehrern und Kindergärtnerinnen 2,5 Proz., Schülern 3,6 Proz.). Daß diese Zahlen indessen nicht ganz der Berufsschichtung der Gesamtbevölkerung entsprechen, ergibt sich daraus, daß der bekannte Abgeordnete der Labour-Party, Colonel J. Wedgwood, in seinem Buche „The Seventh Dominion“ die Gesamtzahl der jüdischen Arbeiter in Palästina auf Grund einer 1926 vorgenommenen Zählung mit 32.500 angibt, was einem Prozentsatz von etwa 20 Proz. der jüdischen Gesamtbevölkerung gleichkommt. Hier von waren in der Landwirtschaft beschäftigt 8000 Arbeiter, in der Bauindustrie 6500, in der Holz- und Möbelfabrikation 2000, in der Metallindustrie 2000, in sonstigen Industrieunternehmen 4000, im Transport 1000, auf Eisenbahnen und in Häfen 1500, verschiedene 1000. Interessant ist hierbei, daß von der Gesamtzahl 32.500 nicht weniger als 11.500 Frauen waren. Im übrigen sind in diese Zahl auch 3000 Handwerker und 1500 Angestellte einbezogen.

Es gab in Palästina noch vor wenigen Jahren eine große Arbeitslosigkeit, die mit der starken Wirtschaftskrise von 1926—27 zusammenhängt, welche ihrerseits in zionistischen Kreisen als die

Folge der vorangehenden starken Einwanderung aufgefaßt wurde. Die Arbeitslosigkeit erreichte zuweilen ein Drittel der Gesamtbeschäftigung. Seit dem Jahre 1928 beginnt die Wirtschaftskrise abzufallen, die Einwanderung, die 1925 36.933 Menschen (vor allem aus dem von der Inflation betroffenen Polen) und 1926 14.656 Menschen betrug, sinkt 1927 auf 2713, 1928 auf 2400 herab; der Warenexport hebt sich freilich schon 1927 auf 1,89 Millionen engl. Pfund (1926: 1,30 Mill. Pfund), der Arbeitsmarkt bessert sich, und heute ist die Lage so, daß zum großen Teil geradezu Arbeitermangel herrscht.

Die jüdischen Arbeiter Palästinas sind durchweg gut organisiert. Es bestehen in der Hauptsache drei Parteien: 1. Hapoel Hazair (d. h. „Der junge Arbeiter“), der sich an die Richtung der sog. „Einigkeit“ anschließt, welche nicht auf dem Boden des Klassenkampfes, sondern des konstruktiven Sozialismus steht und die Schaffung entsprechender wirtschaftlicher Produktionseinrichtungen schon im gegenwärtigen Palästina anstrebt; 2. „Machuth Haamodah“ (d. h. „Einheit der Arbeit“), anschließend an den rechten Flügel der marxistisch orientierten „Arbeiter von Zion“ und der 3. die linken Poale Zion. Alle die drei Parteien sind indessen in der

Allgemeinen Jüdischen Arbeiterorganisation zusammengefloßen

und gehen zumeist in den praktischen Aufbaufragen zusammen. Die praktische konstruktive Einstellung der palästinaischen-jüdischen Arbeiter äußert sich auch in der Schaffung von Gilden oder Produktionsgenossenschaften der Arbeiter, deren bekannteste die städtische Baugenossenschaft ist. Auf dem Lande, in den kleinen Siedlungen, nimmt die Produktionsgenossenschaft leicht einen kommunistischen Anstrich an. Die gemeinschaftliche Benutzung der Produktionsmittel, die gemeinschaftliche Kindererziehung usw. erklärt sich aber durch die äußerste Primitivität der Lebensbedingungen, unter denen z. B. eine der Trockenlegung von Sümpfen sich widmende Siedlung mitten in einer Einöde leben muß.

Der allgemeinen Arbeiterorganisation angegliedert ist eine zentrale Krankenkasse und Konsumgenossenschaft. Die Genossenschaft der Landarbeiter leistet Hilfe bei Arbeiteransiedlung. Die Kulturkommission organisiert an allen Plätzen Abendkurse zur Erlernung der hebräischen Sprache und der Landeskunde Palästinas. Kurz, die jüdische Arbeiterschaft ist ein überaus

wichtiger Faktor des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus

des jüdischen Palästina. Aber darüber hinaus hat ihr ökonomischer Kampf auch die Lage des arabischen Arbeiters verbessert, dessen Lohn fast verdoppelt wurde. Diese Gemeinsamkeit der wirtschaftlichen und sozialen Interessen betrachtet der Labour-Abgeordnete Wedgwood als die Gewähr eines Friedens zwischen Juden und Arabern, während er in den Beduinen sowie in den arabischen Intellektuellen (in letzteren aus Konkurrenzgründen die gegebenen Feinde der jüdischen Einwanderer erblickt). „Der jüdische Landwirt und Arbeiter sind die besten Vermittler zwischen den beiden Völkern“, schrieb auch Ramsay MacDonald in seiner 1924 erschienenen Schrift „In Palästina. Altes und Neues“. Leider haben die jüngsten Ereignisse gezeigt, daß blinder Rationalismus die Oberhand über

wirtschaftliche Vernunft und Klassenolidarität

hervorgebracht hat. Aber wie charakteristisch ist es doch, daß selbst das Organ der jüdischen Kommunisten in der Sowjetunion, „Emetz“, anlässlich der Unruhen in Palästina erklärte, es sympathisierte zwar mit den Zielen der arabischen Nationalisten, vermöge aber ihre „Methoden“ nicht zu billigen!

E. Hurwicz.

Die Entwicklung im Berliner Konsum.

Auch im Sommer Mitgliederzugang und Umsatzsteigerung.

Der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung schlossen sich im August 2849 Haushaltungen an. Für den Schluß des Monats ergibt sich ein Bestand von 176.634 Mitgliedern.

Der Gesamtumsatz im August belief sich auf 6,41 Millionen Mark, ist also gegenüber dem August 1928 um 1,57 Millionen oder um 22,6 Proz. gestiegen. Besondere Fortschritte wurden bei den Fleischabgabestellen erzielt, deren Umsatz sich gegenüber August 1928 verdoppeln konnte. Besonders erfreulich ist die regere Anteilnahme der einzelnen Konsummitglieder, deren Durchschnittsumsatz je Kopf von 32,14 M. auf 36,31 M., also um mehr als 12 Proz., stieg.

Auch die Sparkasseneinrichtung des Konsums nahm an dem allgemeinen Aufstieg teil und es konnten fast 3000 neue Sparkonten errichtet werden. Der Einlagebestand ist um 1,4 auf 37,6 Millionen Mark gewachsen.

An neuen Warenabgabestellen sind im August dem Berke übergeben worden: eine Lebensmittelabgabestelle in Lichtenberg-Friedrichsfelde, Riquelstraße 52, und drei Fleischabgabestellen: Staaten-Gartenstadt, Am Markt 15; Weikensee, Bugholzer Ecke Gartenstraße; Berlin N., Rhinower Straße 5.

Vor dem Ende des Braujahres.

Wie werden die Gewinne der Brauereien sein?

Die überwiegende Anzahl der deutschen Brauereien schließt ihr Geschäftsjahr am 30. September ab. Das letzte Betriebsjahr hat infolge der elementaren Kälte- und Hitzewellen ziemlich starke Schwankungen erlebt.

Während in der langen Frostperiode im Winter die Produktion recht erheblich sank, brachte der Sommer eine ganz überraschende Erhöhung des Bierausstoßes. Es kann also mindestens mit dem gleich guten Ergebnis wie im letzten Jahre gerechnet werden. Das bedeutet, daß die Brauereien auch in dem Betriebsjahr 1928/29 wieder Rekordgewinne erzielt haben und Dividenden ausschütten können, mit denen kein anderer Industriezweig mithalten kann.

Sinkende Kaufkraft Rußlands?

Die Maschineneinfuhr stark zurückgegangen.

Die Zahlen über Rußlands Außenhandel in der Zeit vom Oktober 1928 bis zum Mai 1929, die von der russischen Zollstatistik bekanntgegeben werden, zeigen einen überraschenden Rückgang der Maschineneinfuhr gegenüber dem Vorjahr. Die Gesamteinfuhr von Maschinen und Apparaten ging von 56.000 Tonnen im Werte von 126,5 Millionen Mark in der Zeit von Oktober bis Mai 1927/28 auf 42.800 Tonnen im Werte von 103,5 Millionen Mark zurück, wobei die Einfuhr aus Deutschland bei einem Rückgang von 90 auf 59,2 Millionen Mark besonders stark beeinträchtigt wurde. Maschinenteile wurden nur in Höhe von 6200 Tonnen oder 28 Millionen Mark gegen 10.600 Tonnen oder 38,2 Millionen Mark im Vorjahr eingeführt. Besonders stark war der Einfuhrrückgang bei Elektrizitätsmaschinen; es wurden nur 9500 Tonnen im Werte von 44 Millionen Mark gegenüber 17.800 Tonnen im Werte von 67,5 Millionen Mark eingeführt. Auch dieser Rückgang geht beinahe reines auf Kosten Deutschlands, während England hier wie auch bei Maschinenteilen seine verhältnismäßig geringe Einfuhr erhöhen konnte. Die Einfuhr von Eisen- und Stahlwaren ging um ein Drittel, von 70,3 auf 41,7 Millionen Mark zurück; die Einfuhr aus Deutschland mit 21 Millionen Mark beträgt nicht einmal die Hälfte des Vorjahres mit 46,9 Millionen Mark; prozentual noch stärker ist allerdings der Rückgang der Einfuhr aus den Vereinigten Staaten. Daß die russische Wirtschaftspolitik ihre Hauptaufgabe zurzeit in der Förderung der Landwirtschaft sucht, zeigt die Tatsache, daß allein die Kategorie der Landmaschinen eine, und zwar bedeutend, gestiegene Einfuhr aufzuweisen hat. Es wurden 1928/29 27.200 Tonnen im Werte von 29,3 Millionen Mark gegenüber 14.900 Tonnen im Werte von 16,3 Millionen Mark im Jahre 1927/28 eingeführt. Die Einfuhr aus Landmaschinen aus Deutschland hat sich mehr als verdoppelt, sie stieg von 4,3 Millionen Mark auf 10,8 Millionen Mark; die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten stieg um 50 Proz., während die geringfügige englische noch weiter zurückging. Im ganzen eröffnet diese Statistik trübe Aussichten für die im Frühjahrsplan vorgesehene baldige Verforgung der russischen Wirtschaft mit Produktionsmitteln.

Schulze-Deleisch-Genossenschaften in Stuttgart. In diesen Tagen hielt der Deutsche Genossenschaftsverband (Schulze-Deleisch) seine 66. Jahrestagung in Stuttgart ab. Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, der sich in seinem Referat unter anderem mit der Konsum- und Abfallwirtschaft befaßte, warnte vor einer Forcierung dieses Geschäftszweiges. Das schwere Risiko bei der Abfallwirtschaft könne leicht zu empfindlichen Rückschlägen führen und, volkswirtschaftlich gesehen, seien die Nachteile der Abfallwirtschaft weitaus größer als ihr Vorteile. Neue Kaufkraft werde durch diese Methode keinesfalls geschaffen, sondern nur vergrößert. — Bei der Entwicklung des Kreditgeschäftes ist bemerkenswert, daß im letzten Jahr die Ziffern von 1910 wieder erreicht, also in vier Jahren die Entwicklung von 35 Jahren nachgeholt werden konnte. Die anvertrauten fremden Gelder haben zum ersten Male wieder die Milliardenengrenze überschritten. Nicht so einheitlich ist dagegen die Entwicklung der Warengenossenschaften gewesen, wenn auch gegenüber der Vorkriegszeit ein überraschendes Wachstum festzustellen ist. So ist die Zahl von 1913 bis 1928 von 400 auf 1700 und der Mitgliederbestand von 33.000 auf 175.000 gestiegen. Der Umsatz erhöhte sich in der gleichen Zeit von 91 auf 873 Millionen.

Weiterhin guter Produktionsstand bei Glasstoff. Der starke Kurseinbruch bei den Glasstoffaktien hat auch zu Gerüchten über ein erhebliches Nachlassen der Beschäftigung bei diesem größten deutschen Kunstseidekonzern geführt. Diese Gerüchte entsprechen, wie wir erfahren, nicht den Tatsachen. Im Gegenteil meilen die letzten drei Monate Juni-August Rekordziffern in der Produktion auf, ohne daß dabei etwa die Lagerbestände angewachsen wären. In den Werken des Glasstoffkonzerns sind nicht einmal Betriebs Einschränkungen sahommöglicher Art, wie sie bei anderen Kunstseidefabriken zu beobachten waren, vorgenommen worden. Auch in der ersten Septemberwoche konnte der hohe Produktionsstand aufrechterhalten werden.

Zariferhöhung der Reichsbahn abgelehnt

Die Entscheidung des Reichsverkehrsministers.

Der Antrag der Reichsbahnverwaltung auf eine neue Erhöhung der Eisenbahntarife ist jetzt vom Reichsverkehrsminister abgelehnt worden. Diese erfreuliche Entscheidung des Reichsverkehrsministers stützt sich auf die inzwischen eingetretene und noch anhaltende günstige Verkehrs- und Einnahmementwicklung bei der Reichsbahn.

Die Deutsche Reichsbahn hatte, wie beim Publikum und bei den in Mitleidenschaft gezogenen Wirtschaftskreisen noch gut in Erinnerung sein dürfte, erst im September vorigen Jahres eine erhebliche Heraushebung ihrer Tarife vorgenommen. Auch der Antrag der Reichsbahnverwaltung auf Erhöhung der Personen- und Gülertarife im vergangenen Jahre war von der Regierung abgelehnt, in letzter Instanz aber von dem Reichsbahngericht zugestimmt worden. Die Deutsche Reichsbahn stützt sich diesmal bei ihrem neuen Antrag auf den starken Einnahmeverlust infolge der langen Frostperiode im Winter, sowie auf im April durchgeführte Lohnerhöhungen. Wir haben bereits des öfteren darauf hingewiesen, daß die Verluste des Winters durch den starken Verkehrsaufschwung seit Ende März mehr als ausgeglichen sind.

Auch kann bei dem durchaus günstigen Verkehrsstand der Reichsbahn den ganzen Sommer über die Reichsbahn nicht im Ernst behaupten wollen, daß die Lohnerhöhung vom April in vollem Umfang eine zusätzliche Belastung darstelle, denn in den letzten vier Monaten sind erheblich höhere Einnahmen in ihre Kassen geflossen als im vergangenen Jahre. Um so mehr ist die Entscheidung des Reichsverkehrsministers zu begrüßen, wodurch eine neue Belastung des Publikums und der Wirtschaft verhindert wird.

Wachsende Zinnproduktion. Die Weltzinnproduktion zeigt von Monat zu Monat steigende Ziffern; der Juli übertraf mit 16.134 Tonnen den Monatsdurchschnitt des ersten Halbjahres 1929 von 15.946 Tonnen, der beträchtlich über den Durchschnittsziffern von 1928 liegt. Hauptzinnproduzent ist Asten (Malayische Staaten) mit 10.731 Tonnen im Juli; es folgen Amerika mit 3900 Tonnen, Afrika mit 878 Tonnen, Europa mit 425 Tonnen und Australien mit 200 Tonnen.

Spartassen und Arbeiterbanken.

Die Spartassentagung in Königsberg.

Gestern hat der Spartassentag 1929 unter Beteiligung von Vertretern aus allen Teilen des Deutschen Reiches in Königsberg begonnen. Präsident Dr. Kleiner, der den Verbandsbericht erstattete, betonte, daß seit der Kieler Spartassentagung die Rückkehr der Spartassen zur normalen Geschäftspolitik durchgeführt worden sei. Die inzwischen getroffenen Vereinbarungen zwischen öffentlichen und privaten Kreditinstituten hätten sich durchaus bewährt. Die Banken hätten kürzlich den Versuch unternommen, die Rückkehr der Spartassen zu erschüttern. Für die Spartassen sei die Wandelbarkeit ein ganz wesentlicher Bestandteil ihrer Tätigkeit und eine selbstverständliche Auswirkung ihrer Sicherheit und ihres gemeinnützigen Charakters.

Zu der Frage des Kommunalkredites bemerkte der Redner, daß die von verschiedenen Seiten erhobenen Bedenken gegen die Beratungsstellen für Auslandsanleihen beim Reichsfinanzministerium in dem Bericht des Enqueteausschusses weitgehend ihre Bestätigung gefunden hätten. Diese zwangsmäßige Regulierung der Anleihewirtschaft der öffentlichen Hand sollte sobald wie möglich durch eine freiwillige ersetzt werden. Zum Schluß befaßte sich Präsident Kleiner mit den Beziehungen zwischen Spartassen und Arbeitnehmerschaft. Die Spartassen fänden sich mit der Gründung eigener Banken durch die Arbeitnehmerschaft ab. Formen der Zusammenarbeit seien, im Hinblick auf gleichlautende wirtschaftspolitische Ziele durchaus denkbar. Diese Zusammenarbeit könnte sowohl für die beiden Gruppen wie auch für die Volkswirtschaft nur ersprießlich sein.

Diese Ausführungen wurden noch durch einen anderen Referenten, Dr. Engelhard, unterstrichen. In seinem Referat „Arbeitnehmerschaft und Spartassen“ wies der Redner auf ein Zusammengehen von Spartassen und den Spezialbanken der Arbeitnehmerschaft auf dem Gebiete des Geldverkehrs und Kommunalkredites hin. Durch die Anlehnung an die mächtige Spartassen- und Giroorganisation würde eine solche lose Gemeinschaft auch für die Geldanstalten der Arbeitnehmerschaft manchen Vorteil bringen. — Wir kommen auf den Spartassentag in Königsberg noch ausführlich zurück.

Wollen Sie sich einen Genuss verschaffen — Rauchen Sie **ENVERBEY** Zigaretten

GUTSCHEINE LIEGEN BEI!

Bruno Schönland: Münchener Bilder

Die Pidelhaube.

Raum verläßt man den Hauptbahnhof, springen einem die Pidelhauben der Münchener Schulleute in die Augen. Die Hauptstadt Bayerns bewahrt die altpreußische Tradition. Welch ein Kampf spielte sich hier früher ab, als die bayerischen Hahnenkämpfer den Pidelhauben weichen mußten. Jetzt, Ironie der Geschichte, tragen sie hier als Protest gegen die Soupreußen blinkende Bif-ableiter.

Doch nur manche Schulleute versuchen anfangs ein wenig zu schnarren, es gelingt ihnen nicht, und sie verfallen glücklicherweise bald in die bayerische Tonart, eine Mischung von Gutmütigkeit und Grobheit.

Nur einer der Verkehrschaufleute war überpreußisch im wilhelminischen Sinne. Statt auf meine Frage nach einer Straße mir wenigstens die Richtung zu zeigen, schnarrte er mich an, daß das gegen seine Instruktion ginge. Der hatte den Pidelhaubenkomplex, doch bei den anderen wirkten sie wie eine Maskerade in dieser barock- und renaissancefrohen Stadt.

Immer wieder wirken die schönen Straßen und Plätze wie ein Wunder, die der baubefessene König Ludwig I. trotz seiner murrenden Münchener aus dem Boden erziehen ließ. Er trieb Städtebaupolitik auf lange Sicht, sein herrlicher Königsplatz stand lange in ungenutzter Fläche zum Gedächtnis der Pöbelbürger da. Erstausnahmslos wurde immer wieder Durchblicke nach der Frauenkirche oder anderen Monumentalbauten bei der Anlage geschaffen. Ludwig I. war Bauphilantrop und verstand es auch vortrefflich, das Parlament zu hintergehen, um nur ja bauen zu können. Die bewilligten Mittel für Montierung und Armierung der bayerischen Armee wurden zu Siegestoren und Triumphstraßen, die bis heute keine Motten angegriffen haben, was man von den Ronturen von Anno Lobach nicht sagen kann.

So lebt die Fremdenindustrie dieser Stadt von den in schöne Plätze und Bouten verarbeiteten Ronturen und Waffen und die Pidelhauben wirken wie ein Witz in der Beherrschung ihrer Straßen.

Sonntag im Englischen Garten.

München ist eine fromme Stadt, doch der bayerische Katholizismus weiß die volle Maß (ein Liter!), den Kabi, Lebertas und Weiswürste gleich gut zu schätzen. Die Menschen hier haben einen bauerlichen Lebensapetit, sie sind bei aller reaktionären Gesinnung, die sie sich gern einreden möchten, gut demokratisch im menschlichen Sinne. Die Klassenunterschiede vermissen sich nicht nur an den Bierischen, sondern auch auf der Straße, der Straßenbahn, wo ich mehr als einen Priester sich fröhlich mit den Mitfahrenden über Essen und Trinken unterhalten hörte. Einer schimpfte kräftig auf die riesigen Gehäuser von Schacht und den Eisenbahndirektoren. Kein Wunder, daß das Bahnfahren so immer lauter wird. Er fand allgemeinen Beifall, auch meinen. Weiswürste in der Kirche, Zigaretten- und Pfeifenqualm und Bierdunst in den großen Bierhöfen, wo sich jeder angenehm sein Trumm Fleisch mitbringen darf.

Doch die schönen Sonntage sind Volksfeste im Freien, wenn man die Biergärten mit dazu rechnet. In der frischen Schönheit des Englischen Gartens ergeben sich die Münchener und landen dann zumeist am chinesischen Turm, wo sie mit großer Beharrlichkeit Natur, Sonne, Bier und Wurst genießen. Die landschaftliche Schönheit wird nicht mit auf die Bretze aufgeschlagen, der Berliner Repp ist nur in einigen Lokalen zu Hause, wohin es die zieht, die unbedingt genehmt werden wollen.

Schmetternde Blasmusik einer lärmfrohen Menge, die Gelben und Karminroten draußen verweht, bringt das Blut ein wenig in Wallung, doch bleibt der Münchener auf seinen vier Buchstaben stehen, denn das beherrschende Getöse der Berliner ist ihm ein Breuel.

Auf den Parkwegen gingen sonntagsfrohe Menschen auf und ab, die den Feiertag heiligten. Doch auch Dahjen gingen darauf, die hier in der Höhenluft ein ganz anderes Tempo einlegen als in den Niederungen des Nordens. Doch die Dahjen heiligten nicht den Feiertag, so gern sie vielleicht gewollt hätten, denn sie zogen Wagen Reus, nicht Bieres, das am heiligen Sonntag eingefahren wurde. Die weiten Parkweiden waren voll von fleißigen Männlein und Weiblein, die hoffentlich zum Sonntagstarif Heu machten und auf-luden.

Was sagt Kardinal Faulhaber dazu, was sagen die Heuer und Heuerinnen und vor allem die Dahjen?!

Es steht zwar etwas geschrieben von einem Dahjen im Neuen Testament, den man auch am Sabbat aus dem Brunnen ziehen dürfte, doch daß die Dahjen am Sonntag ziehen sollen, nicht?!

München ist eine fromme Stadt. Doch ihr lebendiger bauerlicher Sinn, den sie sich trotz der fast siebenhunderttausend Einwohner erhalten hat, feiert und nützt die liebe Sonne auch, wenn sie gerade scheint, denn der liebe Gott reißt ihr ja schließlich nicht aus.

Die Spieluhr.

Punkt elf Uhr ist der Platz vor dem Rathaus schwarz von Menschen, freilich zumeist von Exoten und Fremdlingen wie Berlinern und Sachsen und amerikanischen Misses Bery Rice und Wunderful.

Was für wunderbare Gestalten sind dabei mit Eispelein und genagelten Bergschuhen und kratzledernen Lederbügen. Eine Ausstellung zur Bestelung der Jungfrau und anderer Bergdamen, wozu sie damit den Münchener Asphalt unsicher machen, mag der Himmel wissen.

Die Glode schlägt elf Uhr. Alles starrt gespannt hinauf. Die Orakelvorstellung beginnt. Herolde erscheinen mit Musikgeschmetter. Zwei Ritter machen die erste Runde. Bei der zweiten bricht einer auf seiner Rosinante zusammen, vom Speer getroffen. Mit diesem Knackout ist das Turnier zu Ende. Dann tanzen eine Etage tiefer unten die Scheffler oder Böttcher ihren Schefflerianz. Die Böttcher hatten gut tanzen, denn in dieser bierfrohen Stadt waren sie das stärkste Handwerk.

Die Erwachsenen schauen wie große Kinder hinauf und können sich nicht satt sehen und zu ihrer großen Freude dauert das verkehrsfördernde Freitheater an eine Viertelstunde.

Wer gerne schadenfroh lacht, kommt am besten erst um 12 Uhr. Dann ist zwar nichts los, aber unzählige Fremde schauen hinauf und warten auf das Berhollen des zwölften Glodenschlags. Doch vergebens gucken sie sich die hohen Guckäuglein aus, die Herren

Ritter und Scheffler rippeln und rühren sich nicht. Die Münchener lassen sie ruhig stehen und starren und sagen ihnen höchstens beim Weggehen, daß sich das Wunder nur um elf Uhr abspielt.

Die geschändete Weiswürst.

Der Frühshoppen gehört noch für manche Münchener zur Morgenandacht des Leibes. Handfeste Kellnerinnen, hochachtbare und unsentimentale Bierheben, bringen Maße schäumenden Bieres. Ich sah mit einem wachsenden Münchener zusammen und der erzählte mir Biergeschichten.

Von ein paar Sachsen, die im Hofbräuhaus ihre Kaffeemaschine aufgestellt hätten und hochkant rausgefliegen wären. Doch da war ein heimlicher Stich gegen mich dabei, aber eine andere Geschichte wurde mir hinterher verbürgt, die ich zur Warnung weiter erzählen möchte.

Ein führender Genosse aus einer messeretzenden Stadt besuchte mit seiner Frau und einem nicht unbekanntem Münchener Genossen das Rathshausbräu. Die Frau bestellte sich Weiswürste. Das war gut. Doch sie bestellte sich auch Sauerkraut dazu. Das war nicht gut. Die Kellnerin überhörte es zartfühlend, denn Weiswürste mit Sauerkraut waren ihr eine undenkbar Vorstell und ungefähr wie Salat mit Petroleum angemacht. Doch Frauenwille ist zäh. Nach zehnmaliger Aufforderung und Ausrufen: „Ich will aber mein Sauerkraut!“ brachte die Kellnerin verächtlich den Sauerkraut.

Das war schließlich noch eine Willensprobe und sie stellte ein gutes Zeugnis für preußische Beharrlichkeit.

Aber was nun geschah, München, verhülle dein Haupt, ist grauenhaft! Sie nahm den Sauerkraut und widelte ihn um die armen ungeschändigen Weiswürste.

Der Münchener Genosse wurde bloß und blässer, doch als sie die Würstchen gar zum Munde führte, hielt er die Schändung nicht länger aus. Er stand schroff auf und ging davon mit den klaffenden Worten: „Pui Deist, mit euch muß ma sich ja schama!“

Das deutsche Museum.

Herrlich sind die Münchener Museen und Galerien, überreich an Kunstschätzen seine barocken und gotischen Kirchen.

Museen aber gibt es schließlich überall, doch das deutsche Museum mit seinen reichen technischen Wundern nur einmal in der Welt. Es ist ein hohes Lied der Arbeit und der Technik, man möchte wochenlang in München weilen, um nur halbwegs alles von seinen technischen Wundern in sich aufzunehmen.

Die Geschichte der Menschheit in allen Zweigen ihrer technischen Entwicklung ist hier lebendiges Geschehen geworden.

Redemalungen, wie „Am Tretrad gehen“, werden hier blutvolle Wirklichkeit, bekommen wieder ihren ursprünglichen Sinn. Man geht in der nachgebildeten alten Bergwerksanlage selber mit im Tretrad und wird so zur mechanischen Kraft für das Schöpfen von Wasser.

Wie schauerlich, denkt man, war es damals, ununterbrochen das Tretrad zu drehen, immer wieder und immer wieder.

Doch da fällt einem das laufende Band ein, die ständig gleichen Handgriffe von Millionen und abermals Millionen von Arbeitern und Arbeiterinnen, und man ist erschüttert, wie wenig sich im Grunde geändert hat trotz des Sieges der Technik, wie sehr der Mensch noch sich selber befreien muß. Und in diese Industrielandschaft wird auch München immer mehr hineingezogen, denn das Volkswesen mit seiner schier unerschöpflichen elektrischen Kraft reißt diese Stadt immer mehr ein in den Rhythmus der Reizzeit, und wird auch ihre Arbeitskämpfe mit der wachsenden Arbeiterarmee immer mehr verschärfen.

Gefährliche Sinnesläufchung

Weshalb Flieger aus den Wolken abstürzen

Vor einigen Tagen stürzte bei Fulda ein Passagierflugzeug im Nebel ab und zwar unter ganz ähnlichen Umständen, wie vor zwei Monaten das schweizerische Passagierflugzeug bei Eiterzhagen: Der Pilot hatte im Nebel die Orientierung verloren. Diese Unglücksfälle lenken das Interesse notwendig auf eine Erscheinung, die — heute infolge der verbesserten Apparate gottlob sehr selten geworden — im hohen Grade merkwürdig ist: daß nämlich gelegentlich Flieger in Wolken und dichtem Nebel das Gleichgewicht verlieren können.

Diese Ursache vieler Flugunglücke ist in Fliegertreisen wohl bekannt und gekannt. Gerät eine Maschine in dichtem Nebel und kann der Flieger sich nicht an einem Instrument, wie sie bisher nur in die großen Verkehrsflugzeuge eingebaut werden, jederzeit über seine Gleichgewichtslage orientieren, so kann es ihm leicht passieren, daß er mit auf den Kopf gestelltem Apparat buchstäblich aus den Wolken fällt. Es ist sogar schon vorgekommen, daß Flieger auf dem Rücken fliegend, mit dem Kopf nach unten einen Wolkenflug beendeten, so sehr geht unter Umständen in dichtem Nebel Richtungssinn und Gleichgewichtselig verloren. Diese merkwürdige Erscheinung, deren Ursache lange unerkannt blieb, hat besonders in früheren Jahren vielen Fliegern das Leben gekostet und selbst heute, wo durch Verwendung geeigneter Apparate, welche die Eigenschaften der Kreiselachse, immer dieselbe Richtung beizubehalten, auszuweichen, der Wolkenflug gefahrloser geworden ist, vermeiden ihn vor allem die Verkehrsflieger nach Möglichkeit.

Das sonderbare Phänomen ist jetzt von der Wissenschaft aufgeklärt worden, es liegt in gewissen Lebensgewohnheiten begründet. Das Orientierungsvermögen ist nämlich nur dann sicher, wenn die verschiedenen Sinnesorgane eine bestimmte Lage zueinander haben. So hängt das Vermögen, eine bestimmte Richtung einzuhalten, und das Gleichgewichtselig von der Normallage des Kopfes ab. Solange dieser zu der Schulterlinie eine bestimmte, durch die Normalstellung des täglichen Lebens beim Stehen und Gehen vorgezeichnete Lage einnimmt, können wir uns über die Grundrichtungen auch bei geschlossenen Augen zuverlässig orientieren. Die geringste Aenderung der Kopfhaltung, etwa durch Drehen oder Reigen, hat schon Richtungs- und Gleichgewichtseligkeitsstörungen zur Folge, die bei stärkerer Veränderung der Kopflage so weit gehen können, daß man sich schließlich sogar über die Lage seiner eigenen Gliedmaßen täuscht. Ein einfaches Experiment zeigt das: Man versuche mit geschlossenen Augen und seitwärts gedrehtem Kopf auf einem ebenen Wege geradeaus zu gehen; es ist das un-

möglich, man wird immer seitwärts von der Geraden abweichen. Oder man strecke bei geschlossenen Augen den linken Arm wogerecht seitwärts aus und neige auch den Kopf seitwärts, man hat dann deutlich das Gefühl, als ob auch der Arm sich ein wenig nach unten bewegt habe. Auch jeder Schwimmer kann an sich die Erfahrung machen, daß man sich bei Seitwendung des Kopfes über die Schwimmrichtung täuscht. Wenn sich der Schwimmer seinen Empfindungen überläßt, so kann er nicht anders als in der Kopfrichtung schwimmen. Erst wenn er sich der falschen Richtung bemußt wird, kann er die Bewegungen so einrichten, daß er doch das beabsichtigte Ziel erreicht.

Tiere reagieren noch überraschender auf solche Kopfdrehungen als der Mensch, d. h. sie verfallen denselben Täuschungen, nur noch viel krasser. Verbindet man z. B. einem Hunde die Augen, nachdem man seinen Kopf in einem Gerüst seitlich gedreht eingespant hat, so weicht er beim Laufen in der Kopfrichtung von der Geraden ab. Selbst wenn man ihm die Augen offen läßt, kann er nicht in gerader Richtung laufen, sondern bewegt sich ständig im Kreise herum. Dabei versucht er wohl die Augen seitwärts zu drehen um sie wieder in Mittellage zum Körper zu bringen, er ist jedoch trotzdem nicht imstande, geradeaus zu laufen. Ueberläßt man ihn sich selbst, so dreht er sich in immer enger werdenden Spiralen 3- bis 4mal, bis er schließlich umfällt. Für Gleichgewichtselig und Richtungssinn des Tieres spielen also die Augen offenbar nicht die gleiche Rolle wie beim Menschen, der sehr wohl bei offenen Augen auch mit seitwärtsgedrehtem Kopf in gerader Richtung laufen kann.

Wie die gefährlichen Sinnesläufchungen der Flieger beim Wolkenflug zustande kommen, läßt sich aus dem Befolgen leicht erkennen. In dichtem Wolkennebel, der oft kaum mehr als einen halben Meter rechts und links von den Tragflächen erkennen läßt, hat der Flieger keine Möglichkeit, sich nach der Erde über die Lage seiner Maschine zu orientieren. Jede Kopfdrehung, ja, jede Neigung und jeder Versuch einer Kurve kann zur Folge haben, daß er Orientierung und Gleichgewichtselig verliert. Er weiß nicht mehr, wo oben und unten ist. Wenn aber erst einmal die Maschine aus ihrer normalen Lage geraten ist, dann können falsche Steueranschläge, wie sie infolge der Täuschung des Führers über seine Lage im Raum leicht erklärlich sind, den Abwurf noch beschleunigen. Ein exakt arbeitender Gleichgewichtseligzeiger ist also eines der notwendigsten und wichtigsten Hilfsmittel für jeden Flugzeugführer.
Dr. H. Schütte.

Hans Bauer:

Wie wir doch schnell vergessen!

Ich bin, nebenher bemerkt, eben darüber, einen Roman der Inflation zu schreiben und sammle allerorten Material. Vor allem interessieren mich die Inflationserlebnisse meiner Bekannten: aber da ich nun festzustellen darf, daß das Phänomen der Geldentwertung eine Doppellage war gegenüber dem Phänomen des Vergessens, das sich darüber gebreitet hat. Eine Zeit, die die materiellen und seelischen Werte aus allen Fugen riß, die alle erdenklichen Besitzverhältnisse umstülpte und mehr noch als fast der Krieg in das persönliche Leben eines jeden Einzelnen eingriff, eine Zeit, die, völlig einmalig, die Hausfrau vor ungeahnte Probleme stellte und den Mann in neuen, ungewohnten Berufen heimisch werden ließ, hat seinen sonderlichen Nachhall in den Gemütern zu hinterlassen vermocht.

„Können Sie sich die Inflationsjahre vergegenwärtigen?“ frage ich meine Bekannten. „Aber natürlich,“ sagen sie, „ach, das ist damals eine schreckliche Zeit gewesen. Alle Tage wurde alles teurer . . . warten Sie mal, das muß doch 1920/21 so rum gewesen sein. . . . Na, und dann die Markengeschichte . . .“

„Nein, nein,“ antwortete ich aus der überlegenen Position meiner Einarbeitung in das Material heraus, „die tollsten Jahre waren nicht 20/21, sondern 22/23 und mit der „Markengeschichte“ hatte die Inflation so gut wie nichts mehr zu tun. Das war früher. Sie verwechseln hier zwei Dinge miteinander.“

„Kann schon sein,“ sagen die Interviewten, „ach ja, richtig, 1923 wohnten wir in Darmstadt, ich weiß noch, wie meine Frau zu ihren Eltern nach Leipzig reiste . . . Ich hatte ihr 600 Mark mitgegeben, ein Betrag, der völlig ausreichend schien, aber da kam dann so'n Marksturz und ich mußte ihr noch 800 Mark nachschicken.“

„Uamöglich,“ wende ich ein, „1923 waren 800 Mark überhaupt kein Geld mehr, nur Bruchteile von Pfennigen.“

„Aber bitte sehr, ich weiß es doch noch wie heute. Sie können mir doch nicht ausreden, daß ich 1923 in Darmstadt wohnte.“

„Nein, nein, das rede ich Ihnen nicht aus, aber ich kann Ihnen nachweisen, daß Anfang 23 der Dollar bereits auf etwa 10.000 Rand, mit 800 Mark war da absolut nichts anzufangen. Im übrigen interessieren mich auch die Preisverhältnisse, die ich längst an Hand von Dollarkurstabellen völlig einwandfrei ermittelt habe, viel weniger als die nicht ohne weiteres ermittelbaren Gefühle und Schicksale, die die Menschen damals hatten. Ist Ihnen da noch etwas Markantes in Erinnerung?“

„Ja, natürlich . . . warten Sie mal . . . also es wurde eben immer alles teurer . . . ach ja, das war originell, im Geschäft haben wir uns den Spaß gemacht, auf den Spieß im Lokus altes Geld zu stecken . . .“

Man recherchiere auf eigene Faust, rege zu Gesellschaftsabend das netteste Unterhaltungsspiel an: Erinnerungen an die Inflation. Es ist erstaunlich, wie über gelegentliche kleine humoristische Einschläge der große dramatische Grundcharakter vergessen worden ist: die täglichen, stündlichen zermarternden Proben, auf die die Nerven gestellt wurden, die Angst um das Zerfallen des Geldes in der Tasche, die Ungewißheit des Morgen, der seelstörende Stumpfsinn der ewigen Preisvergleiche, die demütigende Rolle, die ehrlische Arbeit — und die geistige noch mehr als die körperliche — gegenüber den Börsenhäusern spielte. Der Jörn gegen die Bilder der Nullenstrecke ist längst vertauscht. Habenheim, Cuno, Stinnes sind vergessen . . . die Saboteure der verschiedenlichen Markstützungsaktionen sind es auch . . . Alles war Episode.

Die Menschen haben ein fürchtbar schlechtes Gedächtnis, der Teufel kann sich darauf verlassen. Die Qualen einer Inflation entfliehen nicht weniger rasch der Reichweite ihrer täglichen Gedanken als die hällischen Marierungen eines Krieges. Unausrottbar sind die ewigen Steuermännchen des Unglücks, die dem Uebel nichts nachtragen, die ihn verzeihen und Absolution erteilen. Das Elend der Welt: das ist nicht zuletzt auf den Konstruktionsfehler unseres Gehirns zurückzuführen, das wohl den lustigen Anblick behält, den die im Lokus aufgespielte Geldmullatur bietet, dem aber die Tränen und Mühen entfallen, die vorher der Kampf um diese Scheine gekostet hatte.

